

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Herr Ministerpräsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst meiner Freude Ausdruck geben, daß Sie zu uns ins Bergedorfer Schloß gekommen sind. Das ist ein großer Tag für den Gesprächskreis, der sich um so mehr geehrt weiß, als er heute - mit Ihnen - seine 50. Veranstaltung begeht.

Herr Ministerpräsident Thorn! Der Bergedorfer Gesprächskreis ist Ihnen zum erstenmal in Wien begegnet. Von uns aus ist es, wenn ich das hier so ausdrücken darf, Zuneigung auf den ersten Blick gewesen. Ich danke Ihnen, daß Sie sich bereit erklärt haben, das heutige Gespräch zu leiten oder, um es mit Hermann Hesse poetischer zu sagen, die Rolle eines "Magister ludi" zu übernehmen.

Einen kompetenteren Referenten für unser heutiges Tagungsthema "Kooperation oder Konfrontation" - Stürzt die Wirtschaft in eine weltpolitische Krise?" als Bundeskanzler Helmut Schmidt hätte niemand finden können. Aber ich muß hinzufügen, daß der Herr Bundeskanzler ein alter Freund dieses Gesprächskreises ist, dem er als Parlamentarier, als fachwissenschaftlicher Autor und auch als Bundesminister seit Jahren nahegestanden hat.

Es ist müßig, allzu lange in der Erinnerung an die 49 vergangenen Gesprächskreise zu verweilen. Nicht alle haben das erbracht, was wir erhofften, doch die meisten haben die Probleme, Hintergründe und Ursachen, die die langfristige Entwicklung unserer Gesellschaft bestimmen, verdeutlicht.

Vor wenigen Wochen waren wir zum zweitenmal in der Sowjetunion. Unsere Gespräche dort waren, obwohl anstrengend, aufschlußreich. Auch da haben wir, jenseits aller politischen Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlichen Zielsetzungen, Freunde gefunden.

Darauf kommt es an. Der Bergedorfer Gesprächskreis will mit dazu beitragen, daß Konflikte vermieden werden, er will den Boden für eine gegenseitige Verständigung, ja für eine Freundschaft bereiten. Er erhebt keinen Öffentlichkeitsanspruch, er will weder demonstrieren, noch opponieren, noch protestieren. Er will gute Dienste leisten.

Noch ein paar Worte zu unserer heutigen Tagung. Die Aktualität des Themas, das wir in einem intensiven Gespräch verdeutlichen wollen, bedarf wohl keiner Begründung. Aber ich bin der Ansicht, daß die öffentliche Meinung immer wieder zu rasch über seine grundsätzliche Bedeutung hinweggeht.

Konfrontation oder Kooperation, das ist ja nicht nur ein Zitat aus gelegentlichen, halb dementierten und halb bestätigten Meinungsäußerungen des amerikanischen Außenministers Kissinger.

Es betrifft auch keineswegs nur die zeitweiligen Spannungen im Verhältnis zwischen Ölverbrauchern und Ölproduzenten, sondern beispielsweise mindestens ebenso die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten.

Ich habe es als Schlagwort-Titel aber nicht deshalb übernommen, weil hier Stellung in der einen oder anderen Richtung genommen werden soll oder weil ich einen bewaffneten Konflikt kommen sehe. Vielmehr ist es besonders geeignet, die gegenwärtige Weltpolitik zu charakterisieren.

Ein wichtiger Teil dieser Weltpolitik ist Weltwirtschaftspolitik. Nie, auch zu Ludwig Erhards Zeiten nicht, ist ein deutscher Regierungschef so oft wegen dieser Probleme in die USA gereist wie Sie, Herr Bundeskanzler.

Weltwährungsordnung, Weltinflation, Wachstum des Welthandels und der einzelnen Volkswirtschaften, internationale Umverteilungsprobleme - solche Worte bezeichnen längst nicht mehr nur ökonomische Fachprobleme. Sie deuten auf internationale Konfliktstoffe ersten Ranges.

Wissen wir denn, inwieweit die gegenwärtige Lage unserer deutschen Volkswirtschaft nur ein Ergebnis dieses komplizierten weltwirtschaftlichen Prozesses ist, der nach politischen Lösungen geradezu schreit?

Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler, ob man auf diesen internationalen Horizont das berühmte Wort Walter Rathenaus anwenden darf: "Die Wirtschaft ist das Schicksal ... " Jedenfalls ist die Ideologie des Ost-West-Gegensatzes neben diesen Fragen fast verblaßt.

Wir müssen nach neuen Wegen und Methoden der internationalen wirtschaftlichen Kooperation suchen, wenn wir die Konfrontation, den Konflikt vermeiden wollen.

Aber wir müssen uns dabei eingestehen, daß wir - das heißt die Industriestaaten untereinander - methodisch unsicherer geworden sind und nicht nur das: Unsere Solidarität untereinander hat in gefährlicher Weise an Gewicht verloren. Wir haben kein ausreichendes Verhaltensmuster für die Lösung zahlreicher, dringender Probleme: Die Entwicklungshilfe bisherigen Stils reicht gewiß nicht aus. Die Plattform der Vereinten Nationen ist als Verhandlungsbasis während der letzten Jahre immer problematischer geworden, die internationale Konferenzdiplomatie verbraucht.

Aber es ist nicht meine Aufgabe, auf Lösungen hinzuweisen oder eine resignierende Melodie zu pfeifen. Erlauben Sie mir auch den Hinweis, daß wir hier, im Bergedorfer Kreis, nie nach neuen Theorien gefahndet haben. Die Praxis ist unser Problem. Wir sind gespannt, Herr Bundeskanzler, zu hören, wie Sie Ihre Erfahrungen beurteilen und welche Perspektiven Sie sehen.

Schmidt

Daß dieses Bergedorfer Gespräch heute zum 50. Male stattfindet, ist Anlaß genug, Ihnen, Herr Körber, und Ihren Mitarbeitern herzlich zu gratulieren. Sie haben mit der Einrichtung dieses Gesprächskreises eine sehr fruchtbare Idee verwirklicht. Ich glaube, es sind viele hier am Tisch, die Grund haben, für die Teilnahme im Laufe dieser 50 Gespräche dankbar zu sein.

Zur weltwirtschaftlichen Lage

Das heutige Thema ist aktuell und auch brisant. Im Untertitel kommt das Wort Krise vor. Ich halte die weltwirtschaftliche Situation nach wie vor für ernst, wenngleich für nicht ganz so ernst, wie ich es im September und Oktober 1973 erwartet habe. Die damals bereits sehr weit fortgeschrittene Weltinflation und die vorhersehbaren schwerwiegenden Anpassungsprozesse, die die Ölpreisexplosion auslösen mußte, hatten mich zu der pessimistischen Einschätzung gelangen lassen. Jetzt sehe ich die Situation wieder etwas optimistischer. Sie birgt neben vielen starken Gefährdungen auch erhebliche Chancen.

Ich bin in diesem Punkt sowohl gegen Schönfärberei als auch gegen irgendwelche Hysterie. Mir geht es darum - und darin sehe ich unsere gemeinsame Aufgabe hier;- , die Gefährdungen wie auch die Chancen realistisch zu betrachten und zu bewerten. Ich bitte um Nachsicht, daß das, was ich sage, vorsichtig formuliert sein muß. Das hängt mit meiner offiziellen Stellung zusammen. Ich will eine Art Katalog der Problematik geben, der überdies nur unvollständig sein kann. Ich behaupte auch nicht, für alle Fragen, die ich anspreche, gleich Antworten mitliefern zu können.

Ich sehe für das Jahr 1975 zwei Probleme im Vordergrund, die miteinander in Verbindung stehen und voneinander abhängen. Ich meine, daß die Weltpolitik in diesem Jahr entscheidend beeinflußt, vielleicht sogar beherrscht wird, einmal von dem Problemkomplex, der durch das Stichwort OPEC im weitesten Sinne gekennzeichnet wird, und zum anderen von der Mittelost-Konfrontation, von deren Bewältigung die Lösbarkeit des Ölproblems abhängt.

Die weltwirtschaftlichen Gefahren, mit denen wir es zu tun haben, sind keineswegs nur eine Folge der seit dem Herbst 1973 erfolgten konzertierten Änderung der Angebotspolitik der Ölproduzenten. Vielmehr muß man sich der Tatsache bewußt bleiben, daß sich schon seit Ende der sechziger Jahre über die ganze Weltwirtschaft ein inflationistisches Gefahrenpotential aufgebaut hatte. Allerdings hat die Ölpreisexplosion hier mehr bewirkt als nur das Tüpfelchen auf dem i. Waren die weltweiten Zahlungsbilanzprobleme und die Strukturveränderungen in den Zahlungsbilanzen der wichtigen Welthandelspartner schon lange vorher ein Dauerthema, so wurden sie jetzt explosiv.

Neben der Zahlungsbilanz-, der Wechselkurs-, der Inflationsproblematik war auch die Problematik der Entwicklungshilfe seit langem von drängender Bedeutung, ehe die Ölpreisexplosion erfolgte. Denken Sie nur an die Klagen bei GATT und UNCTAD über tarifäre und insbesondere nichttarifäre Handelshemmnisse.

Andererseits tue ich den Regierungen des Westens insgesamt wohl nicht Unrecht, wenn ich sage, daß sie die Gesamproblematik mit zureichender Deutlichkeit erst seit den Weltwährungskrisen des Frühjahrs 1973 begriffen haben und nicht schon seit der Weltwährungskrise des Herbstes 1971, die mit dem Smithsonian Agreement ihren vorübergehenden und von manchen fälschlich als Endpunkt angesehenen Abschluß fand.

In Deutschland jedenfalls hat man erst im Laufe des Jahres 1972 begriffen, wie tiefgehend die weltwirtschaftlichen Verschiebungen waren, ausgelöst durch die unterschiedliche Fähigkeit der einzelnen Länder, mit ihren Zahlungsbilanz- und Inflationsproblemen fertigzuwerden. Herr Klases und ich waren uns im Laufe des Jahres 1972 völlig einig in der Ansicht, daß wir nur vorübergehend hoffen konnten, für die Bundesrepublik mit Hilfe dirigistischer Maßnahmen dieses Problem zu bewältigen.

Wir haben dann - wenn ich das einmal aus deutscher Sicht sagen darf - im Frühjahr 1973, also vor der Ölpreisexplosion, enorme Lasten auf uns genommen, um die Defizite der amerikanischen Zahlungsbilanz durch DM-Schöpfung zu finanzieren. Damit wurde vor aller Welt demonstriert, daß das System fester Wechselkurse so nicht weiterbestehen konnte. Dadurch kamen wir in die gute Lage, dieses System aufzuheben, ohne deshalb außenpolitische Schwierigkeiten innerhalb des Westens auszulösen. Denn wir hatten ja demonstriert, daß es so nicht mehr weiterging. Dennoch haben die beiden Weltwährungskrisen vom Frühjahr 1973 das Bewußtsein der Regierungen nicht hinreichend geschärft, so daß Ende 1973 alle mehr oder minder vom Ausmaß und von der Plötzlichkeit der Ölpreissteigerungen überrascht wurden.

Wirtschaftspolitische Mängel und Versäumnisse

Für das, was in den kommenden Jahren geschehen kann beziehungsweise geschehen muß, sollten wir jedenfalls folgende Punkte in Erinnerung behalten. Erstens: In viel zu vielen wichtigen Ländern wurden viel zu lange zum einen Inflationspolitik und zum anderen Inflationsexport betrieben. Zweitens: Die USA, der bei weitem überragende Welthandelspartner, hatten ihre wirtschaftlichen Freunde und Partner viel zu lange veranlaßt, die amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite zu finanzieren. Drittens: In den USA ist der Entschluß zur Inflationsbekämpfung praktisch erst gefaßt worden, nachdem die letzten Reste des Systems von "Bretton Woods" schon beseitigt waren. Dieser Zeitpunkt war jedenfalls viel zu spät. Als in den USA die Bekämpfung der Inflation zur wichtigsten Aufgabe gemacht wurde, befand sich die amerikanische Volkswirtschaft bereits in einer tiefen Rezessionsbewegung, und es war im Grunde schon zu spät, das Schwergewicht auf die Inflationsbekämpfung zu legen.

Wir sollten jedoch nicht vergessen, daß es nicht nur in den USA time lags von ein, zwei oder gar drei Jahren zwischen dem Eintreten bestimmter Situationen und den daraufhin erfolgten Entscheidungen gegeben hat. Dies gilt auch für eine Reihe europäischer Länder und ebenfalls für Japan. Die europäischen Länder und Japan hatten es allerdings im System der festen Wechselkurse sehr viel schwerer, derartige Entschlüsse zu fassen, als die Vereinigten Staaten von Amerika, die wegen ihrer bevorzugten Stellung in diesem System hätten vorangehen müssen. Die anderen Länder, die gezwungen waren, jeden amerikanischen Dollar in Yen oder in D-Mark umzutauschen, waren in ihrer wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit weitgehend eingeschränkt - ein Punkt, den die deutsche Innenpolitik zu häufig übersehen hat.

Weiter darf man nicht vergessen, daß die wirtschaftspolitische Koordination in Europa, vor allem unter den neun Mitgliedern der EG, aber auch Norwegen, Schweden, Österreich und die Schweiz sind hier zu nennen, in den Anfängen steckengeblieben ist. Dort, wo ein Gleichlauf oder, besser gesagt, eine komplementäre Politik von der Sache her hätte ermöglicht werden können, ist sie vielfach aus nationalem Eigensinn oder aus mangelndem ökonomischen Verständnis der Regierungen nicht zustande gekommen.

Insbesondere wurde in Europa, abgesehen von der konjunkturpolitischen, mit der energiepolitischen Koordination viel zu spät begonnen. Ebenso ist die energiepolitische Koordination zwischen Amerikanern, Kanadiern, Japanern und Europäern lange Zeit mehr eine Forderung als Wirklichkeit gewesen. Das gleiche gilt für die konjunkturpolitische Koordination zwischen den USA und den übrigen OECD-Ländern.

Dies ist eine Kette von Versäumnissen. Aber das läßt sich nachträglich leicht feststellen, und ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob wir Deutsche das in der zurückliegenden Zeit etwa besser erkannt hätten als die anderen. Ich bin jedoch der Meinung, man muß sich rückschauend Rechenschaft darüber ablegen, daß Koordination und aufeinander abgestimmtes Verhalten nicht in dem Maße stattgefunden haben, wie es möglich gewesen wäre.

Lage an der Inflations- und Rezessionsfront

Ich will mich zunächst der Lage an der Inflationsfront zuwenden. Ich brauche hierzu keine neuen Erkenntnisse vorzulegen, da die ganze Welt weiß, daß wir auf diesem Felde weitaus am meisten erreicht haben. Wir haben unsere Maßnahmen durchgeführt unter bewußter Inkaufnahme schwerer Opfer, die vor allem auf dem Arbeitsmarkt schwerwiegende innenpolitische Folgen haben. Inzwischen haben wir aber auch mehr Verständnis für unsere von Anfang an geäußerte Behauptung gefunden, daß ein Land allein keinen durchgreifenden und dauerhaften Erfolg erzielen kann, vor allem wenn es weltwirtschaftlich so verflochten ist wie die Bundesrepublik.

Insgesamt gesehen ist der Erfolg der Industrieländer auf diesem Felde bisher gering gewesen. Herr van Lennep wird das bestätigen können. Wenn ich es richtig erinnere, dann prognostiziert die OECD für die OECD-Länder insgesamt im Durchschnitt eine Inflationsrate von 12 Prozent für das erste Halbjahr und, wenn es gut geht, von 11 Prozent für das zweite Halbjahr 1975. Der leichte Rückgang wäre aber mehr auf die Rezession zurückzuführen, als daß sich hier eine konstruktive Politik auswirken würde. Das sollte man deutlich dazu sagen. Die Bundesrepublik Deutschland wird lediglich auf der Hälfte dieser durchschnittlichen Inflationsrate liegen.

Für die USA sieht es entgegen vieler optimistischer Prognosen, die im Augenblick in Amerika verbreitet werden, nicht so günstig aus, es sei denn, man läßt die Rezession so tief durchschlagen, daß der Preisauftrieb von daher gebremst wird. Die Vereinigten Staaten, als die Führungsmacht in diesem Konzert, befinden sich in einer besonders schwierigen Situation, in einer Zwickmühle. Einerseits müssen sie eine für ihre Verhältnisse ungewöhnlich hohe Inflation bekämpfen, und

andererseits haben sie es mit einer für ihre Verhältnisse ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeit und rezessiven Gesamtentwicklung zu tun, die inzwischen notwendiger zu bekämpfen ist als die Inflation.

Ich sage ganz bewußt: Die USA sind die Führungsmacht - genauso wie New York City als Sitz der Vorstände und Leiter der multinationalen Konzerne das Ausstrahlungszentrum für Optimismus oder Pessimismus in der ganzen westlichen Welt ist. Die derzeitige innenpolitische Lage in Amerika, das Bestreben der amerikanischen Administration, ihre politische Autorität nicht durch eine binnenwirtschaftliche Rezession zu gefährden, aber auch die Notwendigkeit, ihrer außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden und das Gewicht der außenpolitischen Führungsrolle nicht zu verringern - das alles läßt mich annehmen, daß sich von der zweiten Hälfte 1975 ab Erfolge in der Rezessionsbekämpfung in Amerika bemerkbar machen werden.

Falls die Vereinigten Staaten die Rezessionsbekämpfung nicht umfassend genug anlegen sollten, könnte das zweite Halbjahr 1975 nur eine Scheinblüte der Weltkonjunktur bringen, der möglicherweise im Jahre 1976 ein erneuter Rückschlag folgen wird. Dieser würde dann auch die Bundesrepublik Deutschland treffen.

Was die Entwicklung des realen Sozialprodukts der OECD-Länder insgesamt angeht, so sehe ich die Schätzung der OECD zwar für die erste Hälfte 1975 als realistisch an - man prognostiziert einen Rückgang von 2/2 Prozent-, aber die Prognose, im zweiten Halbjahr werde es plus 2/2 Prozent geben, scheint mir zu optimistisch zu sein. Dies soll keine Kritik sein; denn ich halte es nicht für verboten, etwas Optimismus zu machen. Aber ich glaube nicht, daß man ein solches Ergebnis wirklich erwarten darf. Auf der anderen Seite sieht es so aus, als ob sich 1975 die schlimmen Befürchtungen in bezug auf Leistungsbilanzdefizite, die man im Jahre 1974 gehegt hat, nicht bewahrheiten würden. Die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften hat sich als größer erwiesen, als die meisten von uns erwartet haben.

Übrigens ist auch die Anpassungsfähigkeit der ölexportierenden Überschußländer im allgemeinen von wichtigen Ausnahmen abgesehen - größer als erwartet. Das beweisen die stark gestiegenen Exporte seitens der Industrieländer in diese Ölüberschußländer. Das wird sich aber wohl nicht im gleichen Maße fortsetzen, weil es diesen Ländern beispielsweise an technischen Möglichkeiten fehlt. Wenn ein Land nur über einen kleinen Hafen verfügt, kann es seine Importe nur im begrenzten Maße steigern. Hier werden jetzt technische Kapazitätsgrenzen sichtbar.

Insgesamt aber haben die OPEC-Länder eine größere Absorptionsfähigkeit bewiesen, als wir erwartet haben. Dadurch hat sich die Problematik der Petrodollar-Überschüsse etwas verringert, wenn sie auch nicht prinzipiell beseitigt ist. Diese großen Importe lösen allerdings auch in den exportierenden Industrieländern erhebliche Umstrukturierungsprozesse aus.

Energiepolitik - Dialog mit den Förderländern

Ich gehe nun auf die Energiepolitik über. Die ersten Schritte zur Solidarität der Verbraucherländer sind getan. Das internationale Energieprogramm wurde verabschiedet. Die Agentur in Paris hat ihre Arbeit aufgenommen, und es sieht bisher so aus, als ob sie das ganz erfolgreich täte. Die Programme zur gegenseitigen Hilfe im Hinblick auf eine gemeinsame Nutzung der Energievorräte kommen zustande. Auch die Einschränkung des Ölverbrauchs und die Entwicklung neuer Energiequellen haben gute Aussichten.

Übrigens möchte ich zur Energieeinsparung sagen: Dieses ist einer der Punkte, wo die amerikanische Führungsmacht darauf achten muß, daß sie ihren Führungsanspruch nicht verliert. Man kann nicht alle übrigen Wirtschaftspartner der westlichen Welt auffordern, Energie einzusparen, wenn man selbst auf diesem Felde zu wenig tut. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist ja auch bemüht, hier wirksam zu werden, aber es gibt darüber offenbar harte innenpolitische Auseinandersetzungen. Einige Länder haben jedenfalls erhebliche Energieeinsparungen geleistet, zum Teil über marktwirtschaftliche Mechanismen wie die Bundesrepublik.

Weiterhin sieht es so aus, als ob der "KissingerFonds", wie er bisher genannt wurde, also der Solidaritätsfonds der OECD-Länder, zustande kommt.

Ein weltpolitisch wichtiger Punkt ist, daß ein Dialog mit den ölförderländern und den übrigen Entwicklungsländern in Gang kommt. Dieser Dialog hat das Ziel, eine angemessene Preisentwicklung und die Entwicklung vernünftiger Marktstrukturen zu ermöglichen sowie langfristige Wirtschaftsbeziehungen anzuvisieren und die Anpassungsfähigkeit aller beteiligten Volkswirtschaften zu erhalten. Man darf die Erwartungen hier aber nicht überspannen.

Thorn

Ich schlage vor, daß Sie sich zunächst zu der Analyse, die Herr Schmidt vorgetragen hat, äußern, damit wir wissen, ob wir alle von dem gleichen Bild der Lage ausgehen. Später können wir dann die einzelnen Punkte sondieren und versuchen, zu Schlußfolgerungen zu kommen.

van Lennep

Ich beginne mit der Gesamtanalyse der heutigen Wirtschaftslage. Herr Schmidt hat die mangelnde Koordinierung der Wirtschaftspolitik zwischen den OECD-Ländern im Jahre 1974 kritisiert. Diese Koordinierung hat aber hinsichtlich der Frage Inflation oder Rezession gar nicht so schlecht funktioniert. Während des Jahres 1974 stimmten die OECD-Länder grundsätzlich darin überein, daß man eine Abkühlungsperiode in Richtung Rezession akzeptieren sollte, um die Inflation zu bekämpfen. Natürlich gab es dabei zwischen den Ländern unterschiedliche Auffassungen im einzelnen.

Das Sekretariat der OECD hat seit Mitte 1974 darauf hingewiesen, daß unsere Vorausschätzungen, die pessimistischer waren als die sämtlicher Länder, wahrscheinlich noch zu optimistisch seien und wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eher zu günstig beurteilt hätten. Man hat das bis Ende 1974 bestritten. Das letzte Vierteljahr hat dann gezeigt, daß die Entwicklung weit schlechter verlaufen ist, als jede nationale und internationale Prognose angenommen hatte. Deshalb ist auch die Koordinierung nicht so erfolgreich gewesen.

Wir waren 1974 allerdings auch mit einer völlig neuen Lage konfrontiert: Die Inflationsrate hatte ein bis dahin nicht erlebtes Niveau erreicht, und die Rezession war in unseren Ländern seit dem Weltkrieg auch noch nie so stark gewesen. Hinzu kam die erhebliche Änderung der Preisstrukturen. Auf diese Situation konnten unsere Volkswirtschaften nicht einfach an Hand bekannter wirtschaftspolitischer Modelle reagieren. Vorausschätzungen sind bei dieser Inflationsrate, der langen Rezession und der Preisänderung sehr viel schwieriger geworden. Wenn hier gesagt wurde, wir hätten unsere Wirtschaftspolitik ab Mitte 1974 anders orientieren sollen, so hat doch niemand wissen können, wie die Wirklichkeit Ende 1974 oder Anfang 1975 aussehen würde.

Ich meine auch, daß man die Vereinigten Staaten in ihren wirtschaftspolitischen Bemühungen nicht nur kritisieren sollte. Sie haben ihre Priorität auf die Inflationsbekämpfung gelegt, weil sie der Ansicht waren, daß die Wirtschaft in der heutigen inflationären Lage sehr viel schwerer zu beherrschen ist, als in den Modellen der sechziger Jahre angenommen wurde. Die Konsultationen zwischen unseren Ländern sehen sich heute sehr viel größerer Ungewißheit ausgesetzt, als das jemals vorher der Fall war.

Hingegen hat die Koordinierung im Zahlungsbilanzanpassungsprozeß eindeutig nicht funktioniert. Die Zahlungsbilanzdefizite der Länder haben sich im Jahre 1974 nicht parallel zu ihren Ölimporten entwickelt. Vielmehr sind die Länder, die sich zahlungsbilanzmäßig in einer starken Position befanden, noch stärker geworden, während sich die Defizite der anderen Länder weiter vergrößert haben, Öldefizite und allgemeine Defizite hängen also miteinander zusammen. Dies hat die Instabilität verschärft und nicht vermindert. Hier hätte die Zusammenarbeit in der Tat besser sein können. Im kommenden Jahr sollte man sich weit mehr darum bemühen, und alle Mechanismen einschließlich des OECD-Fonds sollten darauf ausgerichtet sein, diesen Anpassungsprozeß besser zu vollziehen.

Im übrigen stimme ich mit der Analyse von Herrn Schmidt hinsichtlich Inflation und Rezession überein.

Androsch

Herr Schmidt traf die Feststellung: Unsere heutige Weltwirtschaftsordnung ist zur Disposition gestellt. War die bisherige Ordnung nicht aber nur eine Industrieländerordnung, der wir unsere Prosperität zu verdanken haben? Die jetzigen großen Schwierigkeiten sind aufgetreten, weil sich die Welt verändert hat. Vielleicht geht es heute darum, erstmalig zu einer Weltwirtschaftsordnung zu kommen, und zwar nicht dadurch, daß man alles erschüttert und in Frage stellt, wofür es ja gewisse Anzeichen gibt, sondern durch eine Verbesserung und Erweiterung des bisherigen Systems.

Ein solches Ziel ist allerdings leichter aufzustellen als in die Tat umzusetzen. Denn es gelingt uns ja schon in unseren demokratischen Ländern nicht, zeitgemäße Politiken rechtzeitig zu implementieren. Die Änderungen vollziehen sich so rasch, daß das Bewußtsein der Menschen nicht schnell genug folgen kann. Es wird ja auch nahezu alles getan, um das zu verhindern, wenn man sich etwa die innerpolitischen Auseinandersetzungen, wo immer, anschaut. Dadurch ist eine weitergehende Kooperation der Industriestaaten verhindert worden. Gott sei Dank hat es wenigstens das gegeben, was wir in Österreich "weiterwursteln" zu nennen pflegen.

Wenn das aber schon unter uns kaum gelingt, wie schwer wird es erst sein, mit anderen Kulturkreisen, die ganz unterschiedliche Verhaltensweisen und psychologische Einstellungen haben, zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Andererseits gibt es für diese für alle Beteiligten so außerordentlich wichtige Kooperation erste Ansätze, wie immer man ihren Realwert beurteilen mag. Aber die ölfazilitäten, die Bewältigung der Währungsturbulenzen in den letzten Jahren und das Sicherheitsnetz, das erstmals eine Solidarität zumindest unter den Industriestaaten zustande bringt, schafft auch eine erste Voraussetzung für den Dialog mit den ölexportierenden Ländern.

Also nochmals meine Frage: Kann man wirklich sagen, die Weltwirtschaftsordnung ist zur Disposition gestellt? Müssen wir nicht erst überhaupt zu einer globalen Wirtschaftsordnung kommen, die alle Länder umfaßt?

Giersch

Wir haben 1971 im Bergedorfer Gesprächskreis das Thema "Globalsteuerung der Wirtschaft - Illusion oder Realität?" diskutiert und dabei die Frage aufgeworfen, ob wir in der Lage sind, die Gesamtnachfrage so zu steuern, daß die Konjunkturzyklen geglättet werden.

Heute, im Jahre 1975, müssen wir feststellen, daß die nationalen Konjunkturzyklen international viel stärker synchronisiert sind und die Ausschläge nach oben wie nach unten zugenommen haben. Dies hat sich ergeben, obwohl die nationalen Wirtschaftspolitiken seit der Wechselkursfreigabe vom März 1973 über ein Mehr an Autonomie verfügen und deshalb in der Lage sein sollten, den Zyklus besser zu kontrollieren.

Eine Erklärung dafür, die in unserem Gespräch 1971 schon angedeutet worden ist, liegt in der Möglichkeit, daß die internationale wirtschaftspolitische Kooperation weiterhin an Intensität gewonnen, gleichzeitig aber zu noch größeren Verzögerungen in der antizyklischen Reaktion geführt hat. Man zieht es vor, gemeinsam zu handeln, aber die Koordination dauert ihre Zeit; und größere time lags der Konjunkturpolitik führen zu verstärkten zyklischen Schwankungen. So sitzen wir in schöner Gemeinsamkeit im Boot der internationalen Konjunktur, aber dieses Boot schaukelt sehr viel unangenehmer, als wir es aus der Vergangenheit gewöhnt sind. Wenn es so weitergeht, kann es leicht passieren, daß die internationale Wirtschaftsordnung zunehmend diskreditiert und möglicherweise ganz zur Disposition gestellt wird. Insofern stimme ich Herrn Schmidt vollkommen zu.

Wenn wir etwas genauer hinsehen, stellen wir fest, daß die relativ leichte Rezession von 1971 die Zentralbanken in den meisten Ländern dazu veranlaßt hat, die Geldmengenexpansion im Jahre 1972 zu verstärken. Diese Akzeleration hat uns zunächst die weltweite Mengenkonjunktur von 1973 und wenig später die Beschleunigung der Weltinflation eingebracht. Daraufhin hat man, natürlich zu spät, die geldpolitischen Bremsen gezogen und die weltweite Rezession von 1974 produziert. Die Bundesrepublik paßt nicht ganz in dieses bewußt vereinfachte Bild. Sie hat nämlich die Chance der geldpolitischen Autonomie, die sich aus der Wechselkursfreigabe ergab, sehr rasch genutzt und viel früher als die anderen Länder die Inflationsbremsen betätigt. Deshalb verzeichnen wir auch sehr viel niedrigere Preissteigerungsraten. Wenn sich die Malaise der Weltkonjunktur dadurch erklärt, daß wir zuviel kooperiert und deshalb zu langsam und zu stark reagiert haben, so heißt die Therapie nicht notwendig "Alleingang statt Kooperation" oder gar "Konfrontation statt Kooperation". Vielmehr sehe ich den Ausweg in einer Verbesserung der Kooperation. Wir brauchen kürzere Reaktions-lags der Konjunkturpolitik und müssen lernen, dann auch mit schwächeren Dosierungen auszukommen. Dies ist, wenn Sie so wollen, auch an die Adresse von Herrn van Lennep und der OECD gerichtet, wo die internationale Konjunktur-Kooperation ja hauptsächlich geübt wird.

Was die internationalen Rohstoffmärkte anlangt, so kann man natürlich auch hier mit der Kooperation weit über das Ziel hinausschießen. Da gibt es die Vorstellung, man müsse unbedingt die Märkte ordnen, möglicherweise so, wie wir in den Europäischen Gemeinschaften den Agrarmarkt geordnet haben. Dabei sollten uns die Lehren der Gemeinsamen Agrarpolitik eher abschrecken. Indem wir dort Preise stabilisiert und adjustiert haben, wurden die Mengenprobleme verschärft. Ich brauche nur an die Butter-, Schweine- und Rindfleischberge zu erinnern. Mit variablen Abschöpfungen und verbilligten Exporten wurde dann der Weltmarkt zum Puffer degradiert. So haben wir die Probleme unserer Produzenten teils auf Kosten unserer Konsumenten und Steuerzahler, teils auf Kosten der übrigen Welt gelöst.

In dieser Weise kann man vielleicht regionale Teilmärkte stabilisieren, mehr schlecht als recht, aber wenn man für einzelne und möglicherweise zahlreiche Rohstoffe den ganzen Weltmarkt stabilisieren will, steht man vor einer Aufgabe, die mir beim derzeitigen Stand unseres Wissens unlösbar erscheint. Das kann nicht gutgehen. Konzentrieren wir uns daher lieber auf die Milderung der weltwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen. Völlig überfordert wäre die internationale Kooperation,

wenn man irgendwelche Preisrelationen zementieren wollte. Von den gegenwärtigen Relationen wissen wir, daß sie demnächst bald falsch sein werden, und die richtigen Relationen irgendeines künftigen Zeitpunktes kann niemand voraussehen. Wir haben noch nicht einmal Anhaltspunkte für mittelfristige Orientierungsdaten. So ist die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung ungefähr die beste aller möglichen. Nur wenn die Mächtigen auch allwissend wären, läge die Sache anders.

Die Erfahrung, die wir in Europa und der Welt mit kartellähnlichen Marktordnungen gemacht haben, wird sich wahrscheinlich auf mittlere Sicht auch beim ölkartell bestätigen, jedenfalls wenn man den Versuch machen sollte, den überhöhten Preis von 10 Dollar je Barrel real, also im Verhältnis zum Preisniveau, zu stabilisieren. Denn dieser Preis ist vermutlich so überhöht, daß er eine Fülle von Substitutionsaktivitäten rentabel macht. Und wenn sich der Markt erst einmal auf bestimmte Aktivitäten mit Forschung und Entwicklung konzentriert hat, möglicherweise forciert durch staatliche Förderung, ist die Korrektur und die Überkorrektur fast nur eine Frage der Zeit. Ein Überangebot an Energie ist deshalb unter solchen Umständen auf mittlere oder längere Sicht kaum auszuschließen. Auf den Zeitpunkt will ich mich nicht festlegen, aber einen Zweifel daran, daß das ölkartell zusammenbrechen wird, falls wir es nicht stützen, habe ich nicht.

Damit ist auch schon etwas über die Konsequenzen einer Indexierung des Ölpreises gesagt. Hätte man eine solche Indexierung Ende 1973 vorgenommen, wären die Substitutionsanreize noch stärker, als sie heute sind. Denn inzwischen ist wegen des Anstiegs der anderen Preise der reale Ölpreis um fast 30 Prozent gesunken. Leider hat sich dieser erste Anpassungsprozeß auf dem Wege über die Inflation vollzogen. Mit der Indexierung irgendeines Ölpreises würden wir uns von den Ölländern eine Art Ölstandard aufzwingen lassen. Es wäre ein groteskes, aber auch sehr kurzlebiges Lehrstück für die Freunde einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Dies alles ist keine Kritik an den Ausführungen von Herrn Schmidt, die ich auf weiten Strecken nur unterstreichen kann. Aber ich muß meine Skepsis gegenüber dem, was heute als neue Weltwirtschaftsordnung gefordert oder gepriesen wird, deutlich zum Ausdruck bringen. Die heutige Ordnung hat Mängel und läßt sich verbessern, aber sie hat sich als flexible Ordnung voll bewährt. Das gilt auch für das System der flexiblen Wechselkurse. Ich kann mir kaum vorstellen, welche spekulativen Geldbewegungen es im turbulenten Jahre 1974 gegeben hätte, wenn man das Wechselkurskartell von Bretton Woods mit seinen verspäteten abrupten Anpassungen nicht schon 1973 zugunsten elastischer Regelungen aufgegeben hätte.

In einer Welt, die sich so stark wandelt, kann Stabilität nur durch Flexibilität erreicht werden. Sonst geraten wir von einer Anpassungskrise zur anderen.

Ehrenberg

Ich möchte unterstreichen, Herr Giersch, daß sich diese Weltwirtschaftsordnung kaum durch eine andere wird ersetzen lassen, zumal eine bessere nicht in Sicht ist. Die heutige hat sich bewährt, vor allem hinsichtlich der Wechselkurse und der Währungspolitik.

Was sich in den letzten zwei Jahren in der Weltwährungsordnung abgespielt hat, ist, auf nationale Maßstäbe übertragen, nichts anderes gewesen, als was in jeder Volkswirtschaft nach einem Lohn- und Preisstopp eintritt. Das, was durch einen Lohn- und Preisstopp lange Zeit zurückgestaut wird, verursacht anschließend viel heftigere Bewegungen, als dies ohne eine solche Maßnahme der Fall gewesen wäre.

So hat das berühmt-berüchtigte Wechselkurssystem von Bretton Woods über zwei Jahrzehnte Ungleichgewichte hervorgerufen. Hinter den Wechselkursen sind falsche, dem Markt und den Kostenrelationen nicht angemessene Strukturen gewachsen. Als dieses System dann praktisch aufgegeben wurde, hat das entsprechende Auswirkungen gehabt. Es wird noch eine Weile dauern, bis sich daraus wieder ein neues Gleichgewicht entwickelt. Diese Stabilisierung wird jedoch um so eher erfolgen, je enger man sich den Marktbewegungen anpaßt, statt nach neuen nicht marktmäßigen Fixierungen Ausschau zu halten.

Ein Großteil der gegenwärtigen Schwierigkeiten läßt sich auf die Formel bringen: Diese Probleme sind nicht durch zuviel, sondern durch zuwenig marktmäßiges Verhalten entstanden. Wir hatten zu wenig Markt in der Währungsordnung, und es fehlte auch an richtigen Marktpreisen für viele Rohstoffe, weil die Industrienationen ihre Machtposition gegenüber den rohstoffproduzierenden Staaten durchgesetzt hatten. Ein Teil der Rohstoffpreise, die in der Vergangenheit gezahlt wurden, entsprach in keiner Weise dem Seltenheitswert der Produkte, wie ihn eine langfristige Marktbewertung zum Ausdruck bringen würde.

Insofern kann ich nur unterstreichen, was Herr Giersch gesagt hat: Wenn diese Weltwirtschaftsordnung zur Disposition gestellt ist, dann nur in ihren nicht marktmäßigen Aspekten.

Bombach

Herr Giersch hat darauf hingewiesen, daß dem Außenhandel bislang eine so große, stabilisierende Bedeutung zukam, weil der Konjunkturzyklus in den europäischen Hauptabnehmerländern gerade nicht synchronisiert gewesen ist. Sie haben, Herr Giersch, einmal den Begriff der "Konjunkturschaukel" geprägt. Heute sind wir nun dabei, die nationalen Zyklen zunehmend zu synchronisieren.

Als der Gemeinsame Markt gebildet wurde, ist man offenbar von der Annahme ausgegangen, eine koordinierte, mehr zentralistische Konjunkturpolitik werde mehr Stabilität bringen. Heute stellt sich die Frage, ob dies nicht im Gegenteil zu weniger Stabilität geführt hat und noch führen wird.

Schmidt

Der Gemeinsame Markt hat für gegenseitigen Ausgleich gesorgt, jedoch zu keiner zentralisierten Konjunkturpolitik geführt. Der Markt ist erweitert worden, aber die Multipolarität der Konjunkturpolitik ist dadurch überhaupt nicht verändert worden. Deshalb waren die Auswirkungen auch schwerwiegender als vorher.

Bombach

Dies gilt wohl ganz generell. Unser marktwirtschaftliches Modell geht von einer atomistischen Struktur aus, der wir einen hohen Grad an Stabilität, zusprechen, während Machtzusammenballung und die Tendenz zum Zentralismus diese Stabilität gerade gefährden können.

Herr Giersch sagte, der Zyklus sei jetzt synchronisiert, und das hätte möglicherweise eine Verstärkung der Ausschläge bewirkt. Das ist sicher eine der Ursachen, doch nicht die einzige. Ich vermute, daß die gegenwärtige Rezession auch aus anderen Gründen schwerwiegender ist und strukturell anders verläuft als alle Rezessionen, die wir bisher in der Nachkriegszeit beobachtet haben.

Werden wir nach dieser Rezession wieder in die alten Wachstumstrends einmünden, oder stehen wir am Beginn neuer Strukturepochen? Bislang haben sich pessimistische Prognosen während Stagnationsphasen jeweils als falsch erwiesen. Diesmal rechne ich mich selbst zu den Pessimisten. Nicht in dem Sinne, daß ich an das Zeitalter permanenter Stagnation glaubte. Wachstumsraten einer Wirtschaftswunder-Zeit dürften jedoch endgültig der Vergangenheit angehören, und weiteres Wachstum wird nicht ohne tiefgreifenden Strukturwandel möglich sein.

Wir haben erkennen müssen, daß nicht nur von der Angebotsseite Grenzen sichtbar werden - sie wurden in letzter Zeit etwas überbetont;-, sondern zum erstenmal auch von der Nachfrage her. Nur wenn es gelingt, die weltweite Einkommensverteilung fundamental zu ändern, würde es unbegrenzte Wachstumschancen geben. Aber ich sehe nicht, auf welchem Weg wir dahin gelangen könnten.

Sollten wir wieder zu mehr dezentralen Entscheidungen zurückkehren? Herr Giersch sprach von einer Verkürzung der time lags in der internationalen Wirtschaftspolitik. Aber wie ist das zu erreichen? Die Entscheidungs-lags zu verkürzen, ist sicher möglich, gäbe es effiziente europäische Gremien, die in der Lage sind, schnell zu analysieren. Es ist jedoch fraglich, ob wir damit auch die Wirkungs-lags entscheidend verkürzen können.

Voraussetzung ist in jedem Fall, daß die Entscheidungen, die getroffen werden, richtig sind, und Milton Friedman bezweifelt, daß das der Fall sein wird. Gäbe es eine einzige, zentrale europäische Instanz für Diagnose und Prognose, dann wäre das Risiko sehr groß, wenn Diagnose und Prognose nicht stimmen sollten. Eine Zentralisierung der europäischen Konjunkturpolitiken birgt also große Gefahren.

Schmidt

Sie engen diese Fragestellung zu sehr auf Europa ein, Herr Bombach. Die Synchronisierung der Konjunkturzyklen, die Herr Giersch angesprochen hat und die ich auch sehe, ist nicht so sehr eine europäische, sondern ihr Aktivitätszentrum liegt in den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie ist außerdem nicht so sehr von den ökonomischen Mechanismen her, sondern vor allem psychologisch geprägt.

Wenn Sie sich das Ausmaß an Pessimismus ansehen, das die Chairmen der zwanzig größten amerikanischen Konzerne seit einem halben Jahr über die ganze Welt und über alle ihre affiliates in

Deutschland, in England, in Frankreich, in Japan ausbreiten, dann hat das eine viel größere Wirkung als irgendwelche Prognosen, die etwa die OECD öffentlich kundtut. Das Stimmungstief, das von dem einen Platz in der Welt, von New York City, ausgeht, hat eine grandiose Wirkung, die natürlich in ökonomischen Gleichungen nicht berücksichtigt wird, wie ja die ganze Psychologie bei den Ökonometrikern zu kurz kommt.

Ich führe diese Wirkung auf die außerordentliche Zunahme der weltwirtschaftlichen Verflechtung und auch der weltweiten Kommunikationsverflechtung zurück. Die Welt ist ein Dorf geworden. Ein Ereignis an der New Yorker Börse wirkt sich noch am gleichen Tage in Tokio, in Frankfurt, in Zürich aus. Das hat es früher nicht gegeben. Daraus ist eine viel engere Verbindung auch im Gedanklichen und in den Stimmungen entstanden. Die Synchronisierung der Weltkonjunkturzyklen hängt überwiegend damit zusammen, daß sich Stimmungen viel müheloser mitteilen, als das früher der Fall war.

Giersch

Es stehen sich jetzt zwei Hypothesen zur Erklärung der Synchronisation der Konjunkturzyklen gegenüber:

1. internationale Kooperation bei Planung einer Durchführung der Konjunkturpolitik und
2. internationale Koordination der Stimmungen bei denjenigen, die außerhalb der Regierungen wirtschaftlich relevante Entscheidungen treffen.

Ich vermag prima facie nicht endgültig zu entscheiden, welche dieser beiden Hypothesen stärker wiegt. Zwar darf man psychologische Argumente gewiß nicht unterschätzen, aber hierbei handelt es sich meiner Einschätzung nach sicherlich nur um Zwischenfaktoren. Sie können Wirkungen antizyklischer Maßnahmen verzögern, aber nicht überspielen. Letztlich entscheidend sind doch die harten Daten, die die Wirtschaftspolitik setzt.

Ich glaube nicht, Herr Bombach, daß der Weg zu einer Dezentralisierung der Wirtschaftspolitik zurückführen kann. Wir brauchen die internationale Kooperation, die auch schon vorhanden ist; denn die Kommunikation hat sich wesentlich verbessert. Es kommt jetzt darauf an, daß diese Kooperation effizienter wird, als sie es in der Vergangenheit war.

Mäßigung in den konjunkturpolitischen Reaktionen mag die Wirkungen der time lags verringern. So halte ich die Entscheidung der Deutschen Bundesbank, die Zentralbankgeldmenge im Jahre 1975 nur um acht Prozent zu erhöhen, für bahnbrechend, und zwar nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen.

Zunächst etwas zum nationalen Rahmen. Ich sehe die Rezession des Jahres 1974 im wesentlichen als eine Konsequenz der Kollision von Lohnpolitik und Zentralbankgeldpolitik an. Zu dieser Kollision hätte es nicht kommen müssen, wenn von vornherein klar gewesen wäre - was nunmehr klar ist; -, daß die Bundesbank bei der Kreuzung Vorfahrt hat und dieses Privileg auch wahrnimmt und bekanntgibt. Damit ist klar, daß sich alle anderen am Wirtschaftsprozess Beteiligten mit ihren Plänen diesem Orientierungsdatum anpassen müssen. Ich halte das für einen großen Schritt nach vorn.

Der nächste Schritt müßte nun im internationalen Bereich folgen, nämlich als eine Form des internationalen monetären Budgetierens: Die beteiligten Länder stimmen rechtzeitig vorher die geplanten Zuwachsraten ihrer Geldmenge ab. Dadurch wird es möglich, die Wechselkurse stabiler als in der Vergangenheit zu machen. Wir müssen zumindest jene Wechselkursänderungen tolerieren, die sich aus unterschiedlichen Inflationsraten ergeben. Wenn wir diese Unterschiede durch Koordinierung der Geldpolitik verringern könnten, würde auch der Markt bessere Orientierungsdaten erhalten.

Überhaupt sehe ich hier eine Chance für ein allgemein besseres Zusammenwirken von Staat und Markt. Dieses Zusammenwirken kann sich nur dann kollisionsfrei vollziehen, wenn der Staat möglichst überall im voraus zu erkennen gibt, was er vorhat - in diesem Fall: welche Richtung die Zentralbankgeldpolitik einschlagen wird; -, damit der Markt weiß, woran er sich anzupassen hat.

Ein "concerted monetary budgeting" der einzelnen Länder muß nicht zu einer Verstärkung der Konjunkturschwankungen führen, wenn man gleichzeitig die Zuwachsraten der Geldmenge weniger stark variiert, als es bisher der Fall war. Es geht um etwas mehr Zurückhaltung in bezug auf die Stärke der antizyklischen Reaktion. Zwar kann niemand mit Sicherheit sagen, daß dies konjunkturberuhigend wirken werde, aber wenn die jüngste Vergangenheit etwas lehrt, dann ist es die Hypothese, daß sich ein Versuch in dieser Richtung lohnen dürfte.

Dingwort-Nusseck

Bei Herrn Giersch klingt zuletzt das Thema "Synchronisation der Inflationsraten" an. Herr Schmidt hat vorhin, und zwar mit vollem Recht, beklagt, daß es bisher an einer solchen Synchronisation gefehlt habe, vornehmlich wegen des relativen deutschen Stabilitätserfolges.

Ich frage nun: Wie stünden wir heute beschäftigungspolitisch da, wenn es diese Synchronisation schon gegeben hätte? Wenn wir im vergangenen Jahr durch unsere Exportkonjunktur noch relativ gut über die Runden gekommen sind, war das dann nicht ausschließlich der Tatsache zu verdanken, daß es divergierende Inflationsraten gab und die theoretisch wünschbare Synchronisation der relativen Stabilitätserfolge, international nicht zu erzielen war?

Schmidt

Das kann man für dieses eine Jahr 1974 mit erheblicher Einschränkung bejahen. Dennoch sehe ich es nicht als Widerspruch an zu dem, was grundsätzlich ausgeführt worden ist. Ich scheue mich übrigens, den Ausdruck "Synchronisierung der Konjunkturpolitik" oder auch "Synchronisierung der Geldwertstabilisierungspolitik" zu benutzen. Die Kooperation kann auch in der Verfolgung komplementärer, aufeinander abgestimmter Politiken liegen, und sie hätte darin liegen müssen.

Vom internationalen Gesamtzusammenhang her gesehen wäre es wünschenswert gewesen, wenn nach der Freigabe der Wechselkurse die Länder mit den hohen Inflationsraten und den großen Zahlungsbilanzdefiziten die Politik gemacht hätten, die wir gemacht haben. Wir hatten eine solche Politik am wenigsten nötig.

Hätten wir uns dem internationalen Inflationszug anschließen wollen, wäre unsere konsequente Stabilitätspolitik nicht erforderlich gewesen. Aber in unserer Demokratie muß sich die Regierung wiederwählbar halten. Wir haben deshalb in einem gewissen Egoismus für unsere Gesellschaft eine geldwertstabilisierende Politik getrieben, die letztlich auch zur Stabilisierung in anderen Ländern beigetragen hat. Sonst hätten wir schließlich auch eine Opposition in den Nacken bekommen, mit der wir nicht mehr fertig geworden wären bei elf Landtagswahlen in vier Jahren.

Biedenkopf

Es ist sicher hilfreich, wenn auch die Opposition gegen die Inflation ist, weil dann die Regierung die Rückendeckung erhält, die sie braucht, um inflationshemmende Maßnahmen zu ergreifen. Eine koordinierte Konjunkturpolitik wäre sehr viel schwieriger, wenn die Opposition eine grundsätzlich andere Politik betreiben und beispielsweise der Geldschöpfung das Wort reden würde, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Herlt

Ich bin nicht der Meinung, daß es auf die Dauer in den verschiedenen Industrieländern zu nahezu gleichlaufenden Konjunkturbewegungen kommen wird. Schon im gegenwärtigen Zyklus stehen die einzelnen Länder an ganz verschiedenen Punkten: Die Bundesrepublik war früher als andere Länder auf der Talsohle angelangt, die Bundesregierung hat darum auch früher als beispielsweise die Regierungen der USA und Frankreichs die Konjunkturampeln wieder auf "grün" geschaltet. Außerdem wird es zu einem synchronisierten Auf und Ab des wirtschaftlichen Geschehens in den westlichen Ländern schon deshalb nicht kommen, weil die Regierungen der einzelnen Länder noch immer nicht die gleichen wirtschaftspolitischen Ziele verfolgen. Während die Bundesrepublik und Frankreich - wenn auch mit unterschiedlicher Entschlossenheit - die Inflation bekämpfen, akzeptieren England und Italien, aber auch die Vereinigten Staaten wesentlich höhere Inflationsraten, weil sie der Beschäftigung die Priorität Nummer eins einräumen.

Aber dieser sechste Nachkriegszyklus in der Bundesrepublik unterscheidet sich dadurch von seinen Vorgängern, daß eine relativ hohe Inflationsrate und eine hohe Arbeitslosenquote gleichzeitig zu beobachten sind. Bisher haben unsere Wirtschaftspolitiker, gestützt auf Keynes, aufkommende Arbeitslosigkeit stets mit einer kleinen Preise Inflation bekämpft. Die Inflation war dabei das Ergebnis des Versuchs, Nachfrage zu schaffen. Denn Keynes hatte ja gelehrt, daß die Unterbeschäftigung ihre Ursache in fehlender Nachfrage habe. Stieg dann die Inflationsrate so stark, daß sie nicht mehr toleriert werden konnte, wurden stabilisierungspolitische Maßnahmen in Gang gesetzt, in deren Verlauf meist die Arbeitslosigkeit größer wurde.

Zum erstenmal geht die Rechnung jetzt nicht mehr auf. Die Inflationsrate hat in sämtlichen Industrieländern, auch bei uns, eine Höhe erreicht, die alle Menschen gezwungen hat, bei ihren Dispositionen die erwartete Inflationsrate mit einzukalkulieren. Die Gewerkschaften rechnen sie ihren Lohnforderungen hinzu, die Unternehmer ihren Preisen. In dieser Atmosphäre allgemeiner

Gewöhnung an die Inflation fiel der Überraschungseffekt weg, der von einer unerwarteten Inflation ausgeht und die allein belebende Wirkungen hat. Heute führt mehr Inflation nur zu mehr Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund muß die Wirtschaftspolitik jetzt versuchen, beide Übel gleichzeitig zu bekämpfen. Die Einsicht in diese Zusammenhänge ist in der Bundesrepublik, wie der Augenschein zeigt, am weitesten fortgeschritten.

Schmidt

Ich möchte dem noch eine Überlegung hinzufügen. Der synchrone Verlauf des gegenwärtigen Abschwungs wurde wesentlich durch ein Moment mitverursacht, das so nicht wiederkehren muß. Ich meine die Tatsache, daß in allen hochindustrialisierten Massenverbrauchergesellschaften die als konjunkturpolitische Schlüsselindustrie angesehene Automobilwirtschaft plötzlich in der ganzen Welt einen kräftigen Stoß erhalten hat. Der Automobilabsatz, der durch die Rückwirkungen der Ölkrise überall in erheblichem Maße rückläufig ist, hat vieles an psychologischen Wirkungen ausgelöst, was sich auch auf die Planungs- und Investitionsentscheidungen anderer Industrien auswirkt. Das muß sich so nicht unbedingt wiederholen. Nur: Es kann sich so wiederholen.

Bombach

Wird es nach dieser Krise wieder einen Aufschwung geben, oder droht eine lange Zeit der Stagnation? Sie, Herr Herlt, sind offenbar pessimistisch: Die 25 fetten Jahre sind vorüber, jetzt folgen nach Kondratieff 25 magere. Nun können wir die letzten 25 Prosperitätsjahre sicher als Aufschwungsphase à la Kondratieff interpretieren. Ich möchte aber vor der Schlußfolgerung warnen, daß jetzt unbedingt 25 magere Jahre kommen müssen.

Was die Aufschwungsphasen angeht, so sollten wir zwischen Epochen des Produktfortschrittes und solchen des Prozeßfortschrittes unterscheiden. Die letzten 25 Jahre sind eine Periode des Produktfortschrittes gewesen. Dieser hat den Prozeßfortschritt nach sich gezogen. Kondratieff-Perioden, dies waren im 19. Jahrhundert der Eisenbahnbau und dann ab 1896 bis in den Ersten Weltkrieg hinein die Elektrifizierung und die entstehende Großchemie. Das waren Perioden des Prozeßfortschrittes, gekennzeichnet durch hohe Investitionsquoten. Die Statistiken zeigen ein ansehnliches Wachstum, aber ohne Konsumwunder. Die Lohnquoten sind zu jener Zeit gesunken. Es gab inflatorische Tendenzen und riesige Vermögenskonzentration. Perioden des Prozeßfortschritts können das politische Klima verhärten.

Was wird nach der jetzigen Krise kommen? Ich sagte bereits: Wir können Nachfrage durch eine Neuverteilung des Einkommens in der Welt schaffen. Das ölkartell ist ein herausragendes Beispiel für eine solche Neuverteilung, und zwar in einem so gigantischen Ausmaß, wie wir es vermutlich außerhalb von Kriegen nie erlebt haben. Wo entsteht heute neue Nachfrage? Sicher nicht in den ganz armen Ländern, in denen wir es gewünscht hätten. Die sind durch diese Entwicklung noch ärmer geworden.

Welche Investitionschancen bestehen bei uns? Es sind zur Zeit keine neuen Produkte in Sicht, die noch einmal das Wachstum einer ganzen Epoche tragen könnten, wie das in den letzten 25 Jahren insbesondere durch das Automobil der Fall gewesen ist. Doch gibt es große Möglichkeiten des Prozeßfortschrittes und sogar den Zwang dazu. Wir werden hohe Investitionsquoten und wieder eine hohe Beschäftigungsrate erreichen können, aber kein neues Konsumwunder. Wir werden stärker gegen die Inflation kämpfen und insbesondere übermäßige Vermögenskonzentrationen vermeiden müssen. Mit einer neuen Wachstumsphase wird wahrscheinlich eine neuartige Vermögenspolitik nötiger sein denn je. Es wird in solchen Zeiten, wenn Vollbeschäftigung gegeben ist, aber der Konsum nicht steigt, eines Konsensus der Sozialpartner bedürfen, statt Demagogie zu betreiben. Außerdem wird eine internationale Kooperation erforderlich sein; denn ein Land allein kann solche Wege nicht beschreiten. Anderenfalls wären nicht nur

irrationale Kapitalbewegungen, sondern auch politisch irrationale Reaktionen die Folge.

Hiß

Mit den Folgen der Umverteilung, die durch die Ölpreiserhöhungen in weltweitem Maßstab auftreten, sind mögliche Grenzen des Wachstums sichtbar geworden. Auf der anderen Seite bedeutet die Ölpreiserhöhung, die von den begünstigten ölförderländern nur in geringem Maße konsumiert, im übrigen aber real oder finanziell investiert wird, einen enormen Zwangssparprozeß, der sich in einer Erhöhung der Weltsparquote niederschlägt. Dies bedeutet mit anderen Worten erhöhtes potentielles Wachstum.

Die Industrieländer werden sich in den Spielraum mäßigeren Wachstums nur einpassen müssen, wenn ein verstärkter realer Ressourcentransfer in die ölländer oder die Entwicklungsländer erfolgt. Solange dieser Transfer nicht geschieht, müssen wir durch Rückschleusung - ich vermeide das ominöse Wort Recycling - versuchen, den Einkommenskreislauf bei uns auf seiner jetzigen Höhe zu halten. Das führt zu einer Verschuldung, also zu den Problemen der Defizit- und Überschußländer. Dieses Finanzierungsproblem ist aber kein Problem des Niveaus, auf dem der Produktionsprozeß laufen kann und - unter dem Gesichtspunkt eines angemessenen Beschäftigungsgrades in den Industrieländern - laufen muß.

Dies muß deutlich gesehen werden. Denn wir stehen gegenwärtig in der Gefahr, uns im Zeichen einer Konjunkturflaute anzupassen, an Wachstumsgrenzen, die strukturell verordnet scheinen, wogegen aber durch eine entsprechende Konjunkturpolitik auf der Nachfrageseite angegangen werden muß. In dem Maße, wie sich der Ressourcentransfer entwickelt, werden bei uns die Wachstumsraten niedriger sein, weil wir die Investitionen nicht mehr im eigenen Land durchführen. In dieser Phase besteht jedoch die große Chance, daß sich die Wachstumsraten weltweit angleichen können oder zurückgebliebene Länder sogar aufholen. Das mag zumindest ein positiver Aspekt in dieser sonst so betrüblichen Situation sein. Es wurde hier ja bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß gerade das unterschiedliche Wachstumstempo sehr viel Spannung produziert; ein Aufholen seitens der rohstoffbesitzenden Entwicklungsländer würde also die Spannungen vermutlich verringern.

Wenn die Industrieländer in alternativen Energieressourcen investieren, die, gerechnet in capital und in manpower, teurer sind als die bisherigen Ressourcen, aber dafür politisch sicherer, dann könnte das weltweit zu einer Senkung der Wachstumsraten führen. Diesen Weg bemühen wir uns zumindest teilweise zu gehen, ohne bisher allerdings konkrete Projekte im Auge zu haben. In dem geringen Wachstum besteht dann der Preis, den wir für mehr Sicherheit zu zahlen haben.

Klasen

Wir sollten die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation nicht allzu pessimistisch beurteilen. Die weitere Entwicklung scheint allenthalben bestimmt von einem größeren Maß an Vernunft, was die Einschränkung von übersteigerten Ansprüchen an das Sozialprodukt betrifft. In der ganzen industriellen Welt verbreitet sich die Erkenntnis, daß man nicht mehr verbrauchen kann, als produziert wird. Das ist ein sehr positiver Ansatz für die Zukunft. Er wird verstärkt durch die Kooperation auf internationaler Ebene, die sich zusehends verbessert.

Herr Giersch hat darauf hingewiesen, daß die Bundesbank 1975 die Zentralbankgeldmenge um 8 Prozent erhöhen wird. Das Verdienst dafür liegt nicht so sehr bei uns, als vielmehr beim Sachverständigenrat und bei der Bundesregierung, die uns Mut gemacht haben, diese Entscheidung zu treffen. Ohne den Rückhalt der Regierung hätten wir eine so gravierende Maßnahme nicht durchsetzen können.

Wir müssen auf dem Währungssektor wieder zu mehr Stabilität kommen. Insofern stimme ich der Andeutung des Bundeskanzlers zu: Das Floaten war zum damaligen Zeitpunkt unbedingt notwendig, aber es ist nicht die letzte Lösung. Ich befürworte die Entwicklung im Rahmen des Europäischen Währungsverbunds, der "kleinen Schlange". Auch einige Länder, die nicht der EG angehören, haben sich hier koordiniert. Österreich orientiert sich daran, ohne sich zu verpflichten. Auch die Schweiz und Frankreich wollen sich jetzt anschließen. Mit anderen Worten, immer mehr Länder werden sich bewußt, daß sie innenpolitisch, innerwirtschaftlich unpopuläre Maßnahmen treffen müssen, um die Stabilität zu erhalten. Dann kann man auch die Schwankungsbreite der Wechselkurse verringern. Selbst die USA wollen offenbar eines Tages wieder zu einer gewissen Parität zurückkehren.

Frau Dingwort-Nusseck meinte, wenn die anderen Länder früher begonnen hätten, die Inflation zu stoppen, wäre unser Export gefährdet gewesen. Wir vertreten in diesem Punkt die andere Auffassung: Dann wäre der DM-Kurs nicht so stark gestiegen. In gewisser Weise hat diese Kurssteigerung den Ausgleich für die höheren Inflationsraten gebracht.

Die Frage: Stürzt die Wirtschaft in eine weltpolitische Krise? möchte ich mit einem klaren Nein beantworten.

Androsch

Sie sprechen von Geldwertstabilität, Herr Klasen. Welches Beschäftigungsrisiko und welches politische Risiko sind Sie dafür bereit, in Kauf zu nehmen, wenn Sie daran denken, mit welchen Erwartungen wir es in den Industriestaaten zu tun haben?

Klasen

Geldwertstabilität garantiert auf die Dauer die höchstmögliche Beschäftigungsrate. Das sagt nichts darüber aus, daß man im Einzelfall, so wie jetzt bei uns, arbeitsfördernde Maßnahmen ergreifen kann, ohne damit die Stabilität zu gefährden. Herr Hauenschild wird bestätigen, daß die Gewerkschaften auf diesen Kurs voll eingeschwenkt sind.

Schmidt

Die Einengung des Wortes Stabilität auf den Geldwert halte ich für den Ausfluß einer Ideologie, die ich für mich persönlich immer ablehnen würde. Wenn ich von Stabilität rede, dann meine ich gesamtgesellschaftliche Stabilität, die nicht nur eine möglichst hohe Geldwertstabilität, sondern auch eine Stabilität der Beschäftigung und eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung einschließt.

Herr Giersch hat bereits die Beschäftigungsstabilität angesprochen. Bei Herrn Androsch und anderen klang an, daß wir nach Überwindung dieser Phase von Rupturen wieder in eine kontinuierliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung hineinkommen werden, dabei aber wesentlich geringere Zuwachsraten in Kauf zu nehmen haben. Es spricht vieles dafür. Man braucht den Club of Rome nicht ernst zu nehmen und kann trotzdem zu der Erwartung kommen, daß die realen Zuwachsraten in Zukunft sehr viel kleiner sein werden.

Nehmen wir einmal an, das wäre so. Dann hätte das für die Industriegesellschaften schwerwiegende Probleme zur Folge; denn die Erwartungen der Einkommensbezieher sind völlig andere. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind einige Gewerkschaftskollegen durchaus der Meinung, daß wir im Augenblick durch Vernunft und Zurückhaltung eine schwierige Phase überbrücken müssen, aber hinterher ginge es wieder so weiter wie vordem.

Herr Giersch hat als eine Ursache für den Abschwung in Deutschland den Zusammenstoß von Bundesbank, also von Geldmengenpolitik, und der freivereinbarten Lohnpolitik zwischen den Tarifpartnern angeführt. Aber es war nicht nur die Geldmengenpolitik - denken Sie an den Arbeitgeber im öffentlichen Dienst;- es war der Zusammenstoß zwischen Bundesbank und Regierungspolitik auf der einen Seite und Lohnpolitik auf der anderen Seite.

Aber wie wollen Sie im In- und vor allem im Ausland den Gewerkschaftsführern und ihren Kollegen klarmachen, daß die bislang gewohnten Realeinkommenszuwächse nicht mehr wiederholbar sind? Wie werden wir der Situation begegnen, daß alle Leute meinen, es gehe wieder aufwärts, und sie könnten erneut 11, 12 oder 14 Prozent an Lohnerhöhungen fordern? Im Grunde sind viele Gewerkschaftler in der ganzen Welt der Ansicht, daß die gegenwärtige Situation nur ein vorübergehender Betriebsunfall ist und man hinterher wieder so weitermachen könne wie bisher. Es ist doch offenkundig, daß einige ausländische Gewerkschaften glauben, sie hätten in den letzten Jahren etwas versäumt und seien zu zurückhaltend gewesen und müßten nun erheblich höhere Forderungen stellen.

Dieses führt in den Industriegesellschaften zu neuartigen Problemen. Die Antwort darauf darf nicht sein, daß der Staat die Löhne festsetzt. Aber wie soll die Antwort lauten? Diese Problematik ist in Deutschland sicher nicht so akut wie in einigen anderen Ländern. Sehen Sie nach England. Niemand kommt an den Konsequenzen dieser Lohnpolitik vorbei. Sie muß ja finanziert werden; denn sonst kommt es zu noch höheren Arbeitslosenraten.

Hinzu kommen strukturelle Veränderungen innerhalb der Industriegesellschaften, die insbesondere durch die OPEC-Politik ausgelöst wurden und die nicht mehr revidierbar sind.

Ich habe mich schon häufig gefragt, ob es nicht sinnvoll wäre, einen Bergedorfer Gesprächskreis mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern im europäischen Rahmen zustande zu bringen, damit das Problem überhaupt verstanden wird.

Hauenschild

Ich frage mich, wie das, was wir hier als Analyse und als Therapie ermittelt haben, in das Verständnis und das Bewußtsein der betroffenen Bürger in den demokratischen Ländern umgesetzt werden kann. Es ist schon schwierig genug, im nationalen Maßstab Konjunkturpolitik zu machen, die zwar objektiv richtig sein kann, die aber in vielen Fällen mit den subjektiven Ansprüchen der von dieser Politik Betroffenen kollidiert.

Ich stimme zu, daß die Verteilungsspielräume kleiner werden. Das haben inzwischen auch halbwegs verständige Arbeitnehmer begriffen. Ihre Sorge, Herr Schmidt, nach Beseitigung der momentanen Schwierigkeiten würden die Ansprüche genauso schnell wieder steigen, wie sie zuvor reduziert

worden sind, teile ich nicht. Das setzt allerdings voraus, daß dem betroffenen Bürger ein plausibles politisches Konzept angeboten wird, wie in den verkleinerten Verteilungsspielräumen ein Optimum an Verteilungsgerechtigkeit hergestellt wird.

Jetzt benötigen wir Instrumentarien, um Verteilungskämpfe mit falscher Zielrichtung und unter falschen Voraussetzungen nach Möglichkeit auszuschalten, wie Herr Klasen richtig sagte. Das wird uns aber nur gelingen, wenn sich das Bewußtsein der Betroffenen entsprechend verändert. Das geht nicht jenseits von Gut und Böse vor sich, weil in diesem Bereich zahlreiche politische Gruppen eine Rolle spielen, die es dem Volk anders sagen, als es hier zu hören ist. Wären dem Bürger alle die Komplikationen, die wir hier erörtern, bekannt und bewußt, so wäre alles viel einfacher. Aber jemand, der sich nur aus der Bildzeitung ernährt, hat nur eine geringe Chance, die allgemeinen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten zu begreifen. Wir müssen ihnen diese Dinge so volkstümlich machen, daß sie in der Lage sind, das zu begreifen und sich in ihren Verhaltensweisen entsprechend darauf einzustellen.

Wenn wir hier über eine andere Weltwirtschaftsordnung sprechen, dann sollten wir auch darüber reden, wie wir den Bürgern ein anderes Verständnis und ein anderes Bewußtsein von dieser Weltwirtschaftsordnung geben. Dazu gehört nicht nur Verteilungsgerechtigkeit im materiellen Bereich. Man wird sicher damit fertig, daß die Lohnraten kleiner werden, wenn der Verteilungsspielraum kleiner wird. Dazu gehört aber auch, daß der Bürger, der sich, mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, in die kleineren Verteilungsspielräume einpaßt, zumindest erkennt, daß im Rahmen der noch verfügbaren Manövriermasse wenigstens die Dinge zu seiner subjektiven Zufriedenheit geregelt werden, die immaterieller Art sind.

Viele der Konflikte, die in England und in Italien im Verteilungskampf mit den Gewerkschaften entstehen, sind nicht in erster Linie durch höhere Konsumansprüche motiviert. Vielmehr haben die Arbeitnehmer - teilweise auch politische Gruppen, die das ausnützen - den Eindruck gewonnen, daß in den übrigen Bereichen der Gesellschaft, die nicht durch die Verteilungsgrenzen eingeschränkt sind, von der Politik zu wenig von dem getan wird, was auch in verkleinerten Verteilungsspielräumen möglich wäre.

Wenn wir uns über das konjunkturpolitische Konzept unterhalten, dann müssen wir auch über das politische Konzept außerhalb der Konjunkturpolitik sprechen. Wenn man den verständigen Bürgern klarmacht - und die Mehrzahl der Bürger halte ich immer noch für einsichtig;-, daß ihre Erwartungen, die nicht materieller Art sind, optimal zufriedengestellt werden, dann wird alles etwas leichter. Sonst reagieren diese Bürger eines Tages an unseren objektiven Erkenntnissen vorbei und verselbständigen sich.

Wir können diese Diskussion nicht nur unter dem Aspekt der objektiven ökonomischen Daten und Konstellationen betrachten, sondern müssen sie in die Auseinandersetzung eingebettet sehen, die in demokratischen politischen Strukturen schlechthin stattfindet. Da ist es dann auch legitim, wenn eine Regierung im Hinblick auf nahende Wahltermine bestimmte Dinge mit einem Timing versieht, und da ist es sicher auch legitim, wenn eine Opposition ein anderes Timing im Auge hat.

Ehrenberg

Ich kann nur unterstreichen, Herr Hauenschild: Wenn wir uns mittelfristig darauf einstellen müssen, daß die Verteilungsspielräume kleiner werden, dann kommt es vor allem auf die Veränderung der nichtmateriellen Rahmenbedingungen an, um das durchstehen zu können.

Im Anschluß an das, was Herr Bombach und Herr Hiß gesagt haben, möchte ich aber die Frage aufwerfen: Müssen wir uns längerfristig tatsächlich auf niedrigere Wachstumsraten einstellen? Ich habe meine großen Zweifel, daß wir gut beraten sind, wenn wir das tun.

Vom Binnenmarkt her gesehen, haben wir in den vergangenen Jahren mit unseren Ansprüchen keineswegs über unsere Verhältnisse gelebt. Vielmehr haben die höheren Preissteigerungsraten in anderen Ländern und die falschen Wechselkurse dazu geführt, daß wir mit Hilfe von 2.000 Millionen Gastarbeitern riesige Außenhandelsüberschüsse produziert und damit das Angebot auf unserem Binnenmarkt erheblich reduziert haben. Diese Weltkonstellation hat also die Entstehung von Ungleichgewichten bewirkt.

Bei einem neuen Konjunkturaufschwung sollten wir uns wieder mehr auf den heimischen Arbeitsmarkt konzentrieren. Damit entsteht ein erheblicher Druck zur Umstrukturierung, weil man für lohnintensive Wirtschaftszweige nicht auf ein außerhalb unserer Grenzen vorhandenes Arbeitspotential zurückgreifen kann. Es kommt darauf an, unsere Industriestruktur auf Produktionen höherer Technologiestufen umzustellen und langfristig den Export von Know-how und Montageleistungen

anstelle von Fertigprodukten zu forcieren. Durch eine in diesem Sinne zweckmäßigere internationale Arbeitsteilung, als wir sie heute praktizieren, könnten wir in der Welt insgesamt zu mehr Wachstum und nicht zu weniger kommen. Für die Bundesrepublik würde das sicher ein anders strukturiertes Wachstum, aber nicht unbedingt kleinere Wachstumsraten bedeuten.

Ich habe meine Zweifel, Herr Herlt, ob wir uns von Erinnerungen an Kondratieffs "lange Wellen" und von der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft so beeindruckend lassen sollten, daß wir auf die Dauer mit niedrigerem realen Wachstum rechnen.

Es kommen weitere Gesichtspunkte hinzu: Wenn ich beispielsweise an die ganz nützliche Einrichtung der Schwellenpreise für den Welterdölmarkt denke auch wenn sie meinem marktwirtschaftlichen Herzen widerstrebt, so wird sie zusätzliche Investitionen in Richtung Substitutionsgüter und in Richtung anderer Energiequellen auslösen. Das dürfte langfristig ebenfalls einen neuen Wachstumsschub geben.

Auf lange Sicht gesehen haben weder die Bundesrepublik noch Europa, noch - infolge einer besseren Arbeitsteilung - die Weltwirtschaft einen Grund, sich jetzt auf 25 langsamer laufende Jahre einzustellen. Mit einer guten Arbeitsteilung könnten wir nach Überwindung einer mittelfristigen Rezessionsphase wieder zu Wachstumsraten gelangen, die denen der fünfziger und sechziger Jahre vergleichbar sind.

Schmidt

Auch beim Konsum?

Ehrenberg

Nicht unbedingt beim Konsum. Dabei halte ich aber einen großen Teil der öffentlichen Leistungen für die Bedürfnisbefriedigung der Bürger für genauso wichtig, wenn nicht sogar für wichtiger als den privaten Konsum.

Androsch

Selbst wenn es entsprechend hohe reale Wachstumsraten gibt, so hat Herr Bombach darauf hingewiesen, daß diese nur mit einer höheren Investitionsquote, ob privat oder öffentlich, zu realisieren sind. Wie machen Sie das dem einzelnen Bürger klar? Auf dieses Problem hat Herr Hauenschild ja eindringlich hingewiesen.

Ehrenberg

Das begreifen sie allmählich.

Biedenkopf

Herr Schmidt aber hat darauf hingewiesen, daß Außenpolitik zu einem erheblichen Teil zu Außenwirtschaftspolitik geworden ist. Hieraus folgt, daß die außenpolitische Handlungsfähigkeit in zunehmendem Maße durch innenpolitische Entwicklungen und Daten, wie zum Beispiel die Lohn- und Geldpolitik, wie alle Maßnahmen, die notwendig sind, um die Inflation erfolgreich zu bekämpfen und Arbeitslosigkeit zu verhindern, beeinflusst wird.

Wir sollten noch stärker auf die Konsequenzen eingehen, die sich aus einer erfolgreichen Industrialisierung der Entwicklungsländer für die Industriestaaten ergeben. In dem Sachverständigen Gutachten, das der Beirat des Entwicklungshilfeministeriums zur Vorbereitung der deutschen Position bei der UNIDOKonferenz in Lima (Peru) erstellte, wird zu Recht darauf hingewiesen, in der Bundesrepublik müsse damit gerechnet werden, daß wir unsere Strukturen mit größerer Geschwindigkeit den internationalen Entwicklungen anzupassen haben. Dies gelte zumal für die lohn- und rohstoffintensiven Industrien, die eine solche Entwicklung zu einer beschleunigten Umschichtung der Industriestrukturen zwingt.

Sollten wir nicht imstande sein, diesen Prozeß politisch zu verkräften, werden die Industriestaaten aus innenpolitischen Gründen auf Dauer gesehen nicht in der Lage sein, sich an der internationalen Kooperation zu beteiligen. Eine verstärkte Industrialisierung der Entwicklungsländer kann unsere Regierung dazu zwingen, leidende Industriezweige über einen langen Zeitraum hinweg zu schützen. Damit treten neue Reibungsverluste auf, die entweder über Inflation oder über einen abnehmenden Lebensstandard finanziert werden müssen.

Diese aus notwendigen Strukturanpassungen im Inland resultierenden Schwierigkeiten werden zusätzlich gesteigert, wenn das Wachstum nur noch relativ gering ist und keine Umverteilungssubstanz zur Verfügung steht, mit der man diese Strukturanpassungen finanzieren kann. Die gerade in den Entwicklungsländern vorgetragenen planwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen werden dann zusätzlichen Aufwind erhalten und sich auf die Weltwirtschaft auswirken.

Ehrenberg

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Frage stellen: Wie erreichen wir es ökonomisch und politisch, unsere Außenhandelsüberschüsse umzulenken? Diese seit zwei Jahrzehnten entstehenden Überschüsse haben zu einem Devisenvorrat geführt, mit dessen Hilfe wir die Infrastruktur in anderen Industrieländern finanzieren. Wenn es uns gelänge, diese wenigstens teilweise auf unseren Binnenmarkt umzulenken, würden auch die Verteilungsprobleme bei uns sehr viel kleiner werden.

Meine Lieblingsidee hinsichtlich der Devisenvorräte ist es im übrigen, Öl statt Devisen bei uns einzulagern - ein Merkposten für ein neues Konzept der Rohstoffpolitik.

Schmidt

Bei dieser Forderung, den Ausfuhr- und Leistungsüberschuß der deutschen Volkswirtschaft umzulenken, die auf lange Sicht sicher richtig ist, ist aber zu bedenken, daß sich die deutsche Industriestruktur seit über zwanzig Jahren auf diesen Überschuß eingestellt hat. Er ist nur abzubauen, wenn man die entsprechende Nachfrage im Inland schafft.

Selbst wenn die Schaffung von Binnennachfrage gelingt, würde man einen langwierigen schwierigen Umstrukturierungsprozeß der Industrie auslösen, verbunden mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit, wenn diese auch nur vorübergehend ist. Dieser Prozeß wäre sehr schmerzhaft an dem Ort und in der Branche, wo er stattfindet.

Dingwort-Nusseck

Herr Biedehkopf unterstrich die Notwendigkeit der Umstrukturierung, und Herr Ehrenberg führte das Argument an, durch die Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung werde möglicherweise ein Wachstumsschub erreicht. Bisher haben wir aber überwiegend eine Politik der Strukturkonservierung betrieben, zum Teil mit marktkonformen Mitteln, also durch Rationalisierung, zum anderen durch wirtschaftspolitische Datensetzung, binnenwirtschaftlich in der Regionalstrukturpolitik, außenwirtschaftlich in der Handelspolitik. Das Verständnis der Bevölkerung für die Notwendigkeit von Strukturveränderungen ist, wie Sie wissen, kaum entwickelt. Wird hier eine andere Politik politisch durchsetzbar sein?

Wie wird sich ferner die Bundesrepublik als wichtigste Handelsnation in der Europäischen Gemeinschaft verhalten? Es geht zur Zeit darum, den Institutionen der Gemeinschaft das Mandat für wichtige Verhandlungen zu geben. Ich meine die sogenannte TokioRunde im GATT oder auch zweiseitige Verhandlungen, etwa im Rahmen des Welttextilabkommens. Wie sich hier die Europäische Gemeinschaft verhält, wird eine Nagelprobe für den Willen zu vernünftiger internationaler Arbeitsteilung sein.

Giersch

Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel befaßt sich seit drei Jahren mit Studien, die unter anderem den Zweck haben, das künftige Exportpotential fortgeschrittener Entwicklungsländer abzuschätzen und daraus Schlüsse für das Ausmaß notwendiger Umstrukturierung zu ziehen, das die hochentwickelten Länder hinnehmen müssen:

- a) im Interesse der Entwicklungsländer, um für sie die Märkte offenzuhalten,
- b) aber auch in unserem eigenen Interesse.

Ich möchte das eigene Interesse hier voranstellen.

Unser Interesse liegt darin, den Strukturwandel, der in verstärktem Maße von uns gefordert werden wird, durch vorausgreifende Anpassung zu erleichtern. Ich halte nichts von Investitionslenkung, weil sie viel mehr an Zukunftswissen verlangt, als eine zentrale Stelle erwerben kann. Aber ich halte im Vergleich dazu viel davon, daß unabhängige Institutionen möglichst viel Wissen über die langfristigen Tendenzen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels zusammentragen und zusammenfassen und diese Informationen dem Markt kostenlos zur Verfügung stellen. Wer Investitionsentscheidungen zu

treffen hat, soll erfahren, was auf ihn zukommt, vor allem, wenn es ein Konkurrenzdruck aus ärmeren Ländern mit viel Arbeitslosigkeit ist und aus Ländern, die dabei sind, sich in die internationale Arbeitsteilung einzugliedern. Diesen Ländern müssen wir helfen, indem wir unsere Märkte für ihre Produkte öffnen.

Gleichzeitig können wir die konservierende Strukturpolitik, von der Frau Dingwort-Nusseck gesprochen hat, entlasten - politischen Druck in dieser Hinsicht gibt es ja. Dies läßt sich in begrenztem Maße erreichen, wenn der Markt mit Informationen gespeist wird, die einen Ersatz für Terminmärkte bilden, also für jene Märkte, auf denen sich sonst Informationssynthese und die ex-ante-Koordination der Pläne vollzieht. Es haben sich aber nicht überall Terminmärkte herausgebildet. Unabhängige Institutionen haben eine Möglichkeit, die Unternehmer entsprechend zu informieren. Banken lassen sich gern informieren, dagegen kaum die betroffenen Unternehmen. Aber es genügt vielleicht schon, daß der Markt hellhörig wird.

Langfristig besteht die Aufgabe des Marktes darin, Ressourcen aus Bereichen mit niedriger Produktivität in Bereiche mit hoher Produktivität umzulenken, damit das Wachstum in die Breite, das wir unter dem Einfluß des Zustroms von Gastarbeitern gehabt haben, in ein qualitatives Wachstum, und das ist ein Wachstum mit verstärktem Strukturwandel, übergeht. Wer hier die Dinge vorantreibt, und sei es nur als Überbringer unangenehmer Informationen, ist zumindest nicht ganz unnütz.

Ich weiß, daß Bundeskanzler und Politiker nicht immer gerne hören, was wirtschaftswissenschaftliche Institute sagen. Da ist möglicherweise etwas Reziprozität im Spiel. Aber auch für den Arbeitsmarkt, wo das politische Element stark durchschlägt, können Informationen über den voraussichtlichen Strukturwandel von Nutzen sein, wenn sie die Menschen vor beruflichen Fehlentscheidungen bewahren helfen. Nutzen haben sie auch für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Diese wird in Zukunft noch wichtiger sein als bisher. Denn bisher konnten wir den Bedarf an Strukturwandel dadurch verringern, daß wir ausländische Arbeitskräfte importierten, und zwar selektiv. Deshalb hatten wir auch weniger Friktionsarbeitslosigkeit, als normalerweise zu erwarten gewesen wäre.

Ohne aktive Arbeitsmarktpolitik und ohne vorausgreifenden Strukturwandel müssen wir für die Zukunft auch in günstigen Konjunkturlagen mit einer höheren Reibungsarbeitslosigkeit rechnen, sagen wir mit zwei Prozent statt mit einem Prozent. Wir wollen unsere Bevölkerung auch darüber aufklären, daß das Beschäftigungsziel nicht mehr so hoch gespannt sein kann, wie es in der Zeit des starken Gastarbeiterzustroms möglich war. Dies würde um so mehr gelten, wenn auf eine anpassungsfördernde Strukturpolitik verzichtet wird.

Wenn wir weniger Gastarbeiter importieren, müssen wir mehr Kapital exportieren. Der internationale Kapitalausgleich liegt in unserem Interesse, aber auch im Interesse der armen Länder mit struktureller Arbeitslosigkeit. In bezug auf die OPEC-Länder sehe ich gute Chancen für eine Kooperation darin, daß eine gegenseitige Kapitalverflechtung das Prinzip der Reziprozität beim Eigentumsschutz zur Geltung bringen könnte. Der Eigentumsschutz scheint mir nämlich das Hauptproblem des internationalen Kapitalausgleichs zu sein, und dieser ist, nachdem wir uns in den letzten 25 Jahren darum bemüht haben, den Handel zu liberalisieren und das Meistbegünstigungsprinzip durchzusetzen, die Aufgabe für die nächsten 25 Jahre, damit sich der Druck zum Wohlstandsausgleich durch Arbeitskräftewanderungen vermindert.

Nachdem sich in letzter Zeit das Problem der Investitionen ölproduzierender Länder bei uns und in in anderen industrialisierten Ländern gestellt hat, sollten wir auch die Frage unserer Investitionen in ölproduzierenden und anderen Ländern aufgreifen. Ich habe folgenden Vorschlag: Einige Länder, darunter die Bundesrepublik, sollten eine Art "Free Investment Area" schaffen, ein multilaterales Abkommen, offen für alle Länder, die bereit sind, sich gegenseitig Schutz vor Enteignungsrisiken zu gewähren. Der Zweck besteht darin, daß das große politische Risiko, das mit dem internationalen Kapitalausgleich verbunden ist, so weit wie möglich verringert wird. Die OPEC-Länder, die so schnell so reich geworden sind, bieten sich für diese Art internationaler Kooperation als erste Kandidaten an. Es wird eine der weltwirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft sein, um den marktwirtschaftlichen Kapitalausgleich besser zu organisieren - gleichsam als Gegenoffensive gegen die neue Weltwirtschaftsordnung, die eine geplante Neuverteilung der Investitionen in der Welt vorsieht.

Ich muß mich mit diesen Andeutungen begnügen, darf aber hinzufügen, daß wir von Kiel aus versuchen werden, diesen Gedanken etwas zu konkretisieren und voranzutreiben. Denn es wäre schade, wenn die sogenannte westliche Welt auf die Forderungen der Entwicklungsländer keine marktkonforme Antwort fände.

van Lennep

Bei der Frage nach der neuen Weltwirtschaftsordnung und den Ansprüchen, die jetzt von selten der Entwicklungsländer erhoben werden, geht es nicht primär um eine Entscheidung für oder gegen die Marktwirtschaft. Beachten denn die entwickelten Länder immer die Spielregeln der Marktwirtschaft? Die Entwicklungsländer kritisieren, daß wir die marktwirtschaftlichen Regeln in unseren eigenen Ländern in bestimmten Fällen außer Kraft setzen, um beispielsweise eine bessere Einkommensverteilung zu erhalten oder um externe Einflüsse auf unsere Märkte zu korrigieren. Aber wir nehmen auch Korrekturen vor, die nicht im Interesse der Marktwirtschaft liegen.

Es wird kritisiert, daß wir in unserer Handelspolitik die Spielregeln nicht richtig anwenden und damit eine Anpassung unserer Volkswirtschaften an die Forderungen der Weltwirtschaft verhindern. Es wird uns vorgehalten, wir seien in Wirklichkeit nicht bereit, im weltweiten Rahmen das zu machen, was wir innerhalb unserer eigenen Wirtschaften tun, nämlich eine Einkommensumverteilung vorzunehmen und damit die Marktwirtschaft zu korrigieren. Wären wir ehrlich bereit, diese Spielregeln auch international zu befolgen, könnten wir vielleicht zu einem Dialog kommen.

Die Entwicklungsländer haben bisher ihre sämtlichen Forderungen addiert und haben uns mit einem common factor konfrontiert, der überhaupt nicht diskutabel ist. Das wissen sie auch selbst. In unserer Antwort haben wir uns aber gar nicht auf die Frage eingelassen, wie die Weltwirtschaftsordnung im Hinblick auf eine korrigierte Marktwirtschaft aussehen soll, sondern wir haben die Forderungen dieser Länder einfach abgelehnt. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen - da stimme ich Herrn Schmidt zu;- , daß wir uns mit den Fragen auseinandersetzen müssen: Wie soll die Weltwirtschaft aussehen? Welche Fehler haben wir und welche die Entwicklungsländer gemacht? Wo können wir zu einem Dialog kommen?

Damit bin ich bei der Rohstoff-Frage. Wir haben 1973 und 1974 einen Ausschlag der Rohstoffpreise erlebt, der zweimal so groß war wie während des Koreakrieges. Dieser Ausschlag kann nicht einfach durch den Boom erklärt werden; er erreichte in den entwickelten Ländern im ersten Halbjahr 1973 acht Prozent pro Jahr.

Auf den Rohstoffmärkten geht es aber nicht nur um die Frage der Instabilität durch Preisausschläge. Vielmehr besteht jetzt auch auf der Angebotsseite ein Problem. Aufgrund der niedrigen Preise in den sechziger Jahren wurden zu geringe Investitionen vorgenommen, so daß Engpässe entstanden sind. Beim nächsten Boom werden wir mit Sicherheit wieder solche Engpässe erleben, die die bisherigen übertreffen werden, so daß die Ausschläge dann noch weit größer sein können.

Die gegenwärtige Entwicklung der Rohstoffpreise ist im Hinblick auf die Inflation sicher zu begrüßen, aber sie ist in ihren Konsequenzen für die Rohstoffproduktion sehr gefährlich. Die Preise sind schon jetzt so gefallen, daß zum Beispiel 40 Prozent der Weltkupferproduktion nicht mehr rentabel sind. Um zu verhindern, daß die Preise noch weiter absinken, stockt man jetzt die Läger auf. Wir arbeiten gewissermaßen schon jetzt aktiv an der Entstehung eines neuen Engpasses in den Jahren 1976/77.

Die Rohstoffproblematik ist nicht mehr eine Frage von arm und reich oder von Produzenten contra Verbraucher. Vielmehr müssen wir uns fragen: Wo stimmen die Interessen jetzt überein? Da geht es eben nicht mehr nur um das Zustandekommen von Marktabkommen oder um die Eindämmung der Preisschwankungen, sondern vor allem um die notwendigen Investitionen.

Ponto

Ich möchte deutlich machen, daß das, was wir hier diskutieren, sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Aspekte hat. Die gleiche Entwicklung, die auf der einen Seite als Bedrohung und Erpressung empfunden worden ist, kann sich auf der anderen Seite für die Zukunft unserer exportorientierten Industrien durchaus stabilisierend auswirken. Denn die gleichen Kräfte, die uns diese Bewegung in die Energiekosten gebracht und damit einen Inflationsschub ausgelöst haben, sind jetzt im eigenen Interesse um Stabilität besorgt und offensichtlich gezwungen, ihrerseits eine entsprechende Politik zu betreiben. Auf diese Weise wird das, was die Bundesrepublik seit Jahren mit einigem Erfolg praktiziert hat, zunehmend zu einem gemeinsamen Anliegen, zu einem Anliegen auch mit dieser sehr gewichtigen Gruppe der Ölproduzenten.

Ein zweiter, nicht weniger wichtiger Gesichtspunkt betrifft die Verschiebung von Einkommen, von Finanzkraft. Auch darin sehe ich langfristig eine stabilisierende Chance für die Industrienationen, wiewohl dieser Prozeß mit erheblichen Anpassungsschwierigkeiten verbunden sein wird. Wenn jetzt Finanzkraft auf Länder übergeht, in denen sie zwar auch dringend benötigt wird, die ihre Einnahmen jedoch im eigenen Land weitgehend nicht ausgeben können, so sind sie letztlich gezwungen, die Position eines mit uns konkurrierenden Bankiers einzunehmen. Auch dies bedeutet

eine Entlastung der Industrienationen. Denn in der Frage der langfristigen Finanzierung - ich denke beispielsweise nur an das Ostgeschäft - sind unsere Grenzen ja deutlich sichtbar geworden.

Andererseits fällt natürlich die Umorientierung von der Gläubiger- auf die Schuldnerposition denjenigen Ländern nicht leicht, die traditionell einen Gläubigerstatus hatten. Das muß aber nicht bedeuten, daß alle Gesetze des Marktes jetzt scheitern. Denn, wie gesagt, die gleichen Kräfte, die Funktionen unseres Marktes stören, bekennen sich gezwungenermaßen genau zu der Marktordnung, in der wir operieren. Deshalb sollten wir diesen Ländern mit einiger Geduld und unter Überwindung erheblicher Anpassungsschwierigkeiten die Zusammenarbeit mit uns anbieten und erleichtern.

Ich will auf einen weiteren Punkt hinweisen: Noch vor zehn Jahren wäre man dem sehr kühnen Schritt einer Minorität von Besitzenden mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Waffe der Gewalt begegnet. Diese Möglichkeit scheidet heute völlig aus; wir sind entschlossen, derartige Probleme in Frieden zu lösen.

Wenn Währungspolitik immer auch Außenpolitik ist, wie hier gesagt wurde, dann scheint mir einer der politisch bedrohlichsten Aspekte des Ölproblems darin zu bestehen, daß die Ostblock-Länder jetzt von ihrem Hauptlieferanten, der UdSSR, durch die Vervierfachung des Ölpreises noch sehr viel stärker abhängig geworden sind. Damit hat sich ihre Chance verringert, mit den westlichen Ländern in wirtschaftlicher Hinsicht zusammenzuarbeiten, denn ihr Finanzierungsspielraum für Importe ist insoweit verlorengegangen. Vielleicht können wir den OPEC-Ländern klarmachen, daß eine Senkung ihres Ölpreises auch für manche Staaten des Ostblocks günstige Folgen hätte.

Schweitzer

Es wurde viel über die Anpassungsfähigkeit gesprochen. Anfang 1974 hat man sie wahrscheinlich unterschätzt, heute überschätzt man sie. Natürlich paßt man sich immer an, aber man kann sich gut oder schlecht anpassen. Im letzten Jahr haben die Ölländer überraschend viel importiert. Aber man sollte auch die Grenzen ihrer Möglichkeiten sehen: Ein kleiner Hafen kann nur eine bestimmte Menge an Gütern in einer bestimmten Zeit umschlagen. Es wird in Zukunft sehr viel schwerer werden, die Importe in der gleichen Höhe zu halten. Gegenwärtig lassen sich die Zahlungsbilanzdefizite durch Kredite überbrücken; die Industrieländer können sich also verschulden.

Zweifellos kann man zwischen Kooperation und Konfrontation wählen. Wenn es um Kooperation geht, dann ist es notwendiger denn je, mit seinen Lieferanten und Gläubigern zu reden. Es muß Einigkeit über die Finanzierung bestehen, wenn die Banken dazu nicht mehr in der Lage sind. Die Lieferanten werden langfristige Kredite geben müssen. Nicht alle, denn viele werden ihr Geld schneller ausgeben, als sie es einnehmen.

Es zeigt sich in der Tat, daß die OPEC-Länder als Gläubiger größtes Interesse an einer Stabilität der Währung haben. In dieser Hinsicht sind ihre Interessen denen der Industrieländer zum ersten Male gleich. Das ist eine günstige Gelegenheit, die man nutzen sollte. Vielleicht können die OPEC-Länder die anderen Entwicklungsländer hier leiten. Sie sind wahrscheinlich gute Gläubiger.

Ich verstehe durchaus, was Herr Schmidt über das OECD-Sicherheitsnetz gesagt hat. Doch wenn man es jemals benötigt, so wird das ein Zeichen sein dafür, daß es dann bereits zu spät ist. Besser wäre es, Vorsorge zu treffen.

Das ganze Problem steht auch in Zusammenhang mit der neuen Weltwirtschaftsordnung. Dabei darf man nicht kurzfristig sein; denn hier geht es um eine langfristige Entwicklung. Auch in bezug auf den Preis für das Öl muß man sich anpassen. Das gilt ebenfalls für die anderen Rohstoffe. Es ist jetzt an der Zeit, vorzuschauen.

Biedenkopf

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß wir uns zwar alle zur offenen Marktpolitik als Prinzip bekennen, aber bereits dabei sind, für bestimmte Bereiche, die für uns wichtig sind, eine Reihe von Ausnahmen zu formulieren. Ich bin nicht sicher, ob man im Rahmen der internationalen Energieagentur und bei anderen Bemühungen, neue Kooperationsformen zu finden, die sich entwickelnden Kartelle durch einen Schwellenpreis abstützen soll. Ich denke etwa an das OPECKartell, das sicher sehr viel länger bestehen wird, als allgemein vermutet wird. Derartige Kartelle sind nicht so sehr ökonomisch, dagegen aber politisch motiviert.

Vorschläge, wie eine internationale Energie-Agentur, begegnen deshalb erheblichen Vorbehalten, weil damit die durch den offenen Markt hergestellte Balance zwischen der Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten und den europäischen Volkswirtschaften gestört werden wird. Ich kann mir zum Beispiel nicht

vorstellen, wie das von Henry Kissinger am 3. Februar 1975 vorgestellte Paket: floor pricing, technology sharing um nur zwei von fünf Punkten zu nennen - insgesamt verwirklicht werden soll.

Fraglich ist hierbei insbesondere, wie sich vor allem das technology sharing entwickeln soll, ohne daß sich hieraus für die Europäer eine gesteigerte Abhängigkeit vom Zugang zur amerikanischen Technologie entwickelt. Selbst bei Bestehen eines floor pricing wäre es den Amerikanern auf der Grundlage ihrer eigenen Energieressourcen eher möglich als den Europäern, größere Mittel für die Entwicklung neuer Technologien zu mobilisieren und einzusetzen.

Es wäre demnach eine Entwicklung vorzuziehen, bei der sich die internationale Kooperation der Industrieländer - unter weitestmöglicher Einbeziehung der Entwicklungsländer - nicht so sehr auf die Schaffung neuer Planungsmechanismen, sondern vielmehr darauf richtet, eine Übereinstimmung zu erzielen, die internationalen Märkte unter allen Umständen offenzuhalten: Gerade dies kann Gegenstand von internationaler Kooperation sein.

Bei der Gründung der Vereinten Nationen 1945 wurde schon einmal in der Havanna-Charta der Versuch unternommen, eine internationale Kooperation über die Regeln eines offenen, weltweiten Marktes zu erreichen. Das ist unter anderem ganz wesentlich daran gescheitert, daß die Havanna-Charta von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert wurde. Gerade die Entwicklung der letzten Jahre läßt es als außerordentlich wichtig erscheinen, daß solche Versuche heute wieder unternommen werden, um der in den Entwicklungsländern angelegten Tendenz zu planwirtschaftlichen Kooperationsmodellen überregionaler Art mit marktwirtschaftlichen Positionen begegnen zu können.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Bundesrepublik sehr viel schlechter dastehen würde, wenn die internationalen Verteilungsprobleme über Kartelle oder vergleichbare Einrichtungen geregelt würden. Denn das politische Gewicht der Bundesrepublik - und hierauf käme, es bei der Aushandlung von Kartellquoten an - ist sehr viel geringer als ihr Leistungsgewicht im offenen Markt. Gerade für die Mittelmächte ist die Aufrechterhaltung von weltweiten Wettbewerbsbedingungen von besonderer Bedeutung.

Wenn wir zu internationalen Abkommen gelangen, die die Verteilung wichtiger Ressourcen und die Lösung der entsprechenden Verteilungsprobleme durch Kartelle zum Gegenstand haben, werden die Kartellquoten nicht vorrangig von der ökonomischen Leistungsfähigkeit bestimmt sein. In einem solchen Falle kommen die traditionellen Machtstrukturen wieder zum Tragen und somit eine Entwicklung, die Länder wie die Bundesrepublik, aber auch die Europäische Gemeinschaft, insgesamt benachteiligt. Die Folge wäre, daß sich unsere innenpolitischen Verteilungskonflikte verschärfen. Wir müßten in noch höherem Maße als bisher die Konsequenzen auffangen, die sich aus einer Erschwernis des Marktzuganges für uns ergeben. Nicht auszuschließen ist darüber hinaus, daß sich hieraus neue Konflikte zwischen Europa und Amerika ergeben.

Burchard

Herr Schmidt hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Verbraucherländer für den bevorstehenden Dialog mit den OPEC- und Entwicklungsländern nicht hinreichend gerüstet sind. Das bezieht sich nicht nur auf die Energie-, sondern auf die Rohstoffproblematik allgemein. Es ist ja die erklärte Absicht dieser Länder, andere Rohstoffe in die Verhandlungen miteinzubeziehen. In dieser Hinsicht fehlt es den Industrieländern in der Tat bisher an einer Konzeption.

Was ließe sich für diese erweiterte Betrachtungsweise aus dem Verhalten der OPEC-Länder lernen? Ich führe dazu vier Punkte an.

Erstens: Unter dem Schutz des OPEC-Kartells ist das Eigentum der ölgesellschaften quasi enteignet worden. Das war auch nicht erstaunlich; denn es wäre sicherlich eine Illusion gewesen zu meinen, daß die ölförderländer auf die Dauer ihren Rohstoff ausschließlich von anderen ausnutzen lassen würden - bei dem Gewicht, dem Selbstbewußtsein und den ökonomischen Möglichkeiten, die sie inzwischen entwickelt haben.

Es ist etwas verwunderlich, wenn gleichzeitig jetzt auf der Verarbeitungsstufe joint ventures angestrebt werden. Sie dürften nur mühevoll zustande zu bringen sein, weil sowohl politisch als auch ökonomisch unterschiedliche Auffassungen bestehen, die nicht ohne weiteres auf einen Nenner zu bringen sind. Dennoch meine ich, daß in den joint ventures ein in die Zukunft weisender Weg liegt, wenn der politische Rahmen dafür geschaffen werden kann.

Zweitens hat sich im Rahmen des OPEC-Kartells das Mengenproblem gestellt. Obwohl einige OPEC-Länder ihre Förderung erheblich reduziert haben, herrscht auf der Rohölangebotsseite heute keine Knappheit. Andere OPEC-Länder konnten ihre Förderung nicht einschränken, weil sie für die

Verwirklichung ihrer ehrgeizigen Entwicklungspläne auf die Öleinnahmen angewiesen sind. Es stellt sich also die Frage, wie künftig die Angebots- und Nachfragesituation nicht nur auf dem Ölmarkt - das ist ja nur ein Teilaspekt; -, sondern auf dem Energiemarkt schlechthin aussehen wird.

Der Minderverbrauch an Energie im Jahre 1974, der zu dem Überangebot beigetragen hat, ist auf drei Faktoren zurückzuführen: den konjunkturbedingten und den witterungsbedingten Minderverbrauch sowie den tatsächlichen Einsparungseffekt. Den preis- oder schockbedingten Einsparungseffekt schätze ich auf ein Fünftel des Minderverbrauchs, der sich insgesamt auf rund 10 Prozent beläuft. Langfristig gesehen kann der Spareffekt sicherlich erhöht werden.

Auf der Angebotsseite werden alternative Energien entwickelt, was jedoch sehr viel Zeit braucht. Das ist eines der Ziele der International Energy Agency. Dabei ist ein wichtiges Ziel, auch in politisch sicheren Gebieten Ölquellen zu erschließen. Wenn die Prognose einer für die OECD angefertigten Studie zutrifft, werden die Importe aus den OPEC-Ländern Anfang der achtziger Jahre zurückgehen, weil zusätzlich Öl aus der Nordsee und aus Alaska verfügbar ist. Wie werden sich die OPEC-Länder dann verhalten? Werden sie ihren Preis senken, eine Mengenanpassung betreiben, oder wie werden sie sonst reagieren?

Die Folgewirkungen werden von Land zu Land, sowohl was die Verbraucherländer als auch was insbesondere die Erzeugerländer angeht, sehr unterschiedlich ausfallen. Saudi-Arabien zum Beispiel könnte sehr viel leichter eine Mengenanpassung betreiben als der Iran, der eine Einschränkung seiner Öleinnahmen nicht hinnehmen kann.

Der dritte Punkt ist der Preiskomplex. Die Auswirkungen der Preiserhöhungen für Rohöl nicht nur im Hinblick auf die industrialisierte Welt, sondern vor allem für die Vierte Welt sollten in ihren politischen Konsequenzen nicht außer acht gelassen werden. Unter Vierte Welt verstehe ich die menschenreichen, rohstoffarmen Länder Südasiens, Schwarzafrikas und Südamerikas. Diese Länder haben bereits im letzten Jahr ihre Währungsreserven und einen großen Teil der ihnen gewährten Entwicklungshilfe aufwenden müssen, nur um ihre Mehrausgaben für Öl bestreiten zu können. Das läßt sich ohne nachhaltigen Schaden nicht über einen längeren Zeitraum durchstehen. Wenn sich der Abstand zwischen der entwickelten und der unterentwickelten Welt weiter vergrößert, dann sind politische Konsequenzen eines Tages unausweichlich.

Würde der Ölpreis wieder sinken, wäre das sowohl für die Weltwährungssituation als auch für die Kostensituation sicherlich wünschenswert. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß beispielsweise der Iran, Algerien, Indonesien oder Venezuela aufgrund ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage einer Senkung des Rohölpreises zustimmen könnten. Ich teile übrigens die Auffassung von Herrn Biedenkopf, daß das OPEC-Kartell aus politischen Gründen, selbst wenn der Preis etwas weich werden sollte, so lange wie möglich stabil bleiben wird, vielleicht nicht unbedingt bei 10,40 Dollar je Barrel.

Damit bin ich bei dem im Rahmen der International Energy Agency vorgesehenen Schwellenpreis, der gewissermaßen - analog zur Währungspolitik - den unteren Interventionspunkt darstellt, bis zu dem der Preis sinken darf. Dann müßte man intervenieren.

Klasen

Damit scheitern die genauso wie wir.

Burchard

Den eigentlichen Sinn des Schwellenpreises sehe ich darin, in seinem Schatten alternative Energien zu entwickeln. Ich habe jedoch wie Herr Biedenkopf große Vorbehalte, ein solches Instrument einzuführen, weil man dann auch bereit sein muß, zu intervenieren. Das erfordert ein Interventionsinstrumentarium. Wie soll das beschaffen sein? Man kann Außenzölle erheben, Abschöpfungen vornehmen und alle jene unseligen Dinge tun, die wir vom europäischen Agrarmarkt her kennen. Es ist ein Alptraum, wenn ich nur daran denke.

Was aber könnte sonst geschehen, um alternative Energien, die sehr teuer sind, zu entwickeln? Dann bleiben nur Subventionen, die auch durchaus zweischneidig sind.

Der vierte Punkt betrifft die Währungssituation. Wie lange werden die Ölländer Überschüsse in der jetzigen Größenordnung erzielen? Wir sollten dabei die Importmöglichkeiten dieser Länder zur Reduzierung ihrer Überschüsse nicht überbewerten. Diese Länder können den gegenwärtig stark gestiegenen Umfang ihrer Importe möglicherweise nicht aufrechterhalten, weil es ihnen an

Infrastruktur und zum Teil auch an Menschen fehlt, um diese Importe richtig zu verwenden. Vermutlich wird hier wieder ein Rückschlag eintreten.

Wie hoch wird die Verschuldung der industrialisierten Länder sein, bis die OPEC-Länder ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht erreicht haben? Die von der Weltbank unter dem ersten Eindruck im vorigen Jahr genannten 600 Milliarden Dollar sind sicher zu hoch gegriffen. Die OECD hat von 300 Milliarden Dollar gesprochen, die mir auch noch übertrieben scheinen. Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß die Verschuldung der Industrieländer in der letzten Hälfte dieses Jahrzehnts in jedem Fall ansteigen wird, und diese Schulden müssen eines Tages einschließlich Zinsen zurückgezahlt werden. Diese Verpflichtungen werden uns also noch auf lange Zeit beschäftigen.

Um den Dialog mit den OPEC- und Entwicklungsländern vorzubereiten, kommt es darauf an, zumindest eine gewisse Übereinstimmung in der politischen Linie zu finden. Dabei kann man nur hoffen, daß die Erkenntnis, gegenseitig aufeinander angewiesen zu sein, auf beiden Seiten wächst. Es muß ein politischer Rahmen geschaffen werden, in dem dann wieder marktwirtschaftlich gehandelt werden kann. Das ist in der gegenwärtigen Konfrontationssituation noch nicht möglich.

Thorn

Es wurde bereits mehrfach die Stellung der Vereinigten Staaten im Kampf gegen Inflation und Rezession angesprochen. Weiter hieß es, die USA seien zur Führungsmacht verurteilt, weil Europa sich anscheinend dazu nicht aufrufen kann. Deshalb sollten jetzt Herr Levy und Herr Sonnenfeldt zu Wort kommen.

Levy

Mir scheint, das Thema "Kooperation oder Konfrontation" ist nicht ganz richtig gestellt. Wirksame Kooperation ist nur möglich, wenn man nötigenfalls zur Konfrontation entschlossen, also drastische Maßnahmen zu ergreifen gewillt ist. Beide Seiten müssen wissen: Kommt es nicht zur Kooperation, so werden die Konsequenzen für alle Beteiligten negativ sein.

Wahrscheinlich werden wir uns für lange Zeit mit zwei großen Problemen zu beschäftigen haben. Das erste ist ein Zahlungsbilanzdefizit der USA, das sich kurzfristig kaum beheben läßt. Im Jahre 1974 waren es 4 Milliarden Dollar. Ich bin mir nicht sicher, wie hoch es im nächsten Jahr sein wird. Auf jeden Fall werden wir mit einem Haushaltsdefizit von ungefähr 50 Milliarden Dollar, Mr. Simon hat vor kurzem von 80 Milliarden Dollar gesprochen, zu rechnen haben. Es werden also in den USA große interne Finanzierungs- und auch externe Zahlungsbilanzdefizitprobleme bestehen. Das hat zur Konsequenz, daß die anderen Länder wieder Dollar schlucken.

Schmidt

Aber dazu müssen Sie die anderen Länder erst einmal bringen.

Levy

Die sind durstig.

Schmidt

Der Dollar könnte auch weiter fallen.

Levy

Gewiß; und das wird noch weit größere Probleme für diese Länder mit sich bringen.

Das zweite Problem: Ich bin der Ansicht von Herrn Burchard, daß wir hinsichtlich der künftigen Defizite auf Seiten der Industrieländer und der Ansammlung finanzieller Mittel bei den OPEC-Ländern vielleicht ein wenig optimistischer sein können. Wir haben auf jeden Fall eine umfassende Neuverteilung der finanziellen und industriellen Kapazitäten zu erwarten, die sich mit Sicherheit auf die Entwicklung unserer eigenen Wirtschaften auswirken wird.

Was die westlichen Industrieländer bislang für die Einsparung von Energie und für die Entwicklung neuer Energiequellen geleistet haben, ist kaum der Rede wert. Die jetzige Reduzierung des Verbrauchs ist einmal auf gewisse Einsparungen der Industrie zurückzuführen, die herausgefunden hat, daß sie mit geringerem Energieeinsatz genau das gleiche leisten kann; zum anderen spielen hier

ein milder Winter und die Rezession eine Rolle. Bei einem neuen Wirtschaftsaufschwung wird der Ölverbrauch wahrscheinlich sehr schnell wieder ansteigen.

Sie kennen vermutlich den Bericht der Morgan Guaranty, demzufolge die OPEC-Länder im Jahre 1980 ein Zahlungsbilanzdefizit von über 50 Milliarden Dollar aufweisen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt, so heißt es dort, würden ihre finanziellen Reserven ungefähr 230 Milliarden Dollar betragen, von denen auf Saudi-Arabien allein über 100 Milliarden Dollar entfallen werden. Nach Morgan Guaranty werden die gesamten auswärtigen financial assets der Nichtüberschußländer der OPEC ungefähr in zwei Jahren erschöpft sein, während Saudi-Arabien seine im Jahre 1980 über 100 Milliarden betragenden auswärtigen Dollarreserven weiter erhöhen wird. Ich halte diese Schätzung für keine sehr wahrscheinliche Prognose.

In einem offiziellen Bericht äußert sich der amerikanische Assistant Secretary of the Treasury in ähnlichem Sinne. Er hält unter anderem das Transferproblem zwar für schwierig, aber nicht für unlösbar. Im Vergleich dazu seien die deutschen Reparationen seit 1919 auch enorm groß gewesen - als ob das damals erfolgreich gelöst worden wäre;- und die Reparationen, die Frankreich 1870 an Deutschland gezahlt habe, seien ebenfalls sehr hoch gewesen. Drei Tage nachdem der amerikanische Bericht veröffentlicht war, wurde eine Erklärung abgegeben, daß diese Studie "was unbalanced and done in haste".

Wie Herr Burchard, meine ich, daß das OPEC-Kartell Bestand haben wird. Die Preise werden auf längere Sicht eher nach oben als nach unten gehen. Die Einführung des Schwellenpreises könnte das OPEC-Kartell wahrscheinlich stützen. Eine Erlösgarantie für die Produktionsländer, wie sie Giscard d'Estaing und auch Henry Kissinger als möglich angedeutet haben, bedeutet nichts anderes als eine Verpflichtung unsererseits, bestimmte Mengen zu bestimmten Preisen abzunehmen. Eine solche Politik würde es den OPEC-Ländern erlauben, ihr Produktionsprogramm darauf abzustellen.

Ein bisher in der Öffentlichkeit nicht behandeltes Problem ist folgendes: Wir haben alle erklärt, im Handel keine beggar-my-neighbor-policy zu betreiben. Dasselbe tun wir jedoch, wenn ich mir zum Beispiel ansehe, wie wir die Investitionen der OPEC-Länder behandeln. Wenn ein Land, das über sehr viel Erdgas verfügt, für viele Milliarden Dollar Atomkraftwerke bauen läßt, dann bezeichnen wir dieses mit Genugtuung als eins der größten Geschäfte, das je zwischen zwei Ländern gemacht worden ist. Durch solche Investitionen werden aber die Ölpreise der OPEC-Länder noch fester werden. Derartige Investitionen oder gewisse Prestigeprojekte tragen wenig dazu bei, die künftigen Einfuhrdefizite auszugleichen oder die Entwicklung des Landes selber zu fördern. Jeder von uns ist eifrig darum bemüht, seine Hände auf so viele OPEC-Dollar wie möglich zu legen.

Nach einem Bericht von Joseph Kraft, der als ein sehr verlässlicher amerikanischer Kommentator gilt, haben die Energy Administration und das Pentagon das Problem studiert, ob es für die USA nicht besser wäre, ihren Bedarf an Ölimporten aus sogenannten "sicheren" Ländern außerhalb des Persischen Golfs zu decken. Damit sind Kanada, Mexiko, Indonesien, Venezuela, Nigeria gemeint. Das hieße aber, wenn diese Information zutrifft, daß eine Isolierung der anderen Einfuhr- und Produktionsländer stattfinden würde - abgesehen davon, daß es keine sicheren Länder gibt.

Auf einen Punkt will ich besonders hinweisen: Wir Einfuhrländer benehmen uns oft wie kleine Kinder, die fürchten, daß sie von den Ölländern verprügelt werden würden. Wir zeigen weder Würde, noch machen wir unsere Stärke deutlich. Worin besteht unsere Stärke? Erstens sind wir die einzigen Länder, die die Devisenüberschüsse der Ölländer aufnehmen können. Zweitens sind allein wir imstande, diesen Ländern moderne Technologie anzubieten und Märkte zu eröffnen, die für ihre Entwicklung notwendig sind. Drittens: Die Ölländer wissen genau, ihre Macht, die Ölproduktion zu drosseln, können sie nicht in der Weise ausüben, daß es, um den Ausdruck Henry Kissingers zu gebrauchen, zu einer Strangulation der Industrieländer führt.

Ich bin der Meinung, ein Mann wie Sadat würde durchaus zugestehen, daß sich jedes Land verteidigen muß, wenn es in Gefahr gerät, stranguliert zu werden. Damit will ich sagen: Wie unsinnig eine militärische Aktion auch sein würde, die Ölländerglauben, es sei durchaus möglich, daß wir - wenn provoziert - einen solchen Schritt eventuell unternehmen würden. Zudem sind die wichtigsten dieser Länder darauf bedacht, ihre Dynastien zu schützen, und sie würden auch aus diesem Grunde keine Konfrontation wagen.

Wir müssen nur den Mut haben, das zu verteidigen, was für uns wirklich wichtig ist, und dürfen nicht dauernd kriechen oder uns bestechen lassen von so vielen Milliarden Dollar, die in der Gegend herumschwirren. Wir sind alle davon betroffen: Individuen, Banken, Industrieunternehmen, selbst die Regierungen. Andernfalls sind weder Lösungen zu erwarten, noch können wir mit einem solchen Verhalten Respekt gewinnen. So etwas haben wir nicht nötig.

Herr Schmidt hat dann das Führungsproblem angerührt. Ich meine, Europa kann sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Ich fürchte mitunter, Amerika wird auf die Dauer nicht in der Lage sein, die Führung auszuüben. Sie wissen, wie schwierig die Situation im Augenblick ist und wie schwer es der Präsident unter den jetzigen Verhältnissen hat. Man wird deshalb nicht einfach sagen können, Amerika müsse die Führung ausüben.. Wenn es der eine nicht mehr kann, muß es eben der andere übernehmen.

Schmidt

Ich habe gesagt, Amerika muß die Führung ausüben. Das ist aber leider nur in dem Maße möglich, wie man verbirgt, daß man sie ausübt. Ein Europäer müßte sie siebenmal verbergen.

Klasen

Deutschland zwanzigmal.

Sonnenfeldt

* Wie Herr Levy bin ich nicht der Meinung, daß der Gegensatz zwischen Kooperation und Konfrontation den geeigneten Rahmen für unser Thema abgibt. Ich ziehe den Terminus "Interdependenz" vor, der das Problem der gegenseitigen Abhängigkeit mitumfaßt. Wenn wir mit den produzierenden Ländern verhandeln - insbesondere, wo es um Energie und Rohstoffe geht;- , müssen wir gerade dieses Aufeinander-Angewiesen-Sein klar herausstellen. Selbstverständlich bringt dies einen gewissen Zwang mit sich, nicht in militärischer, sondern in wirtschaftlicher Hinsicht, und zwar in beiden Richtungen. Das heißt, wennteine der beiden Seiten das Gleichgewicht durch eine bestimmte Maßnahme zum eigenen Vorteil zu verändern sucht, so beeinflusst das zugleich die Verhaltensweise der anderen. Diese wechselseitige Bindung beinhaltet zwangsläufig einen gewissen Grad an Konfrontation. Die Empfehlungen, die wir bei den Vorbereitungen für den Dialog mit den ölproduzierenden Ländern gegeben haben - obwohl diese Vorbereitungen noch keine sehr konkreten Formen angenommen haben;- , dürften geeignet sein, die Industrieländer, insbesondere die Vereinigten Staaten, Europa und Japan in eine vergleichsweise stärkere Position zu versetzen.

Herr Schmidt betonte die amerikanische Führungsrolle. Ich versichere Ihnen: Obwohl diese zur Zeit so unsichtbar ist, ist sie in Wirklichkeit vorhanden. Doch im Ernst: Es besteht überhaupt keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es eine amerikanische Verantwortung gibt. Die Abhängigkeit Amerikas im Hinblick auf die Versorgung von außen, insbesondere auf dem Energiesektor, ist viel geringer als die Westeuropas und Japans - so unangenehm sie auch immer sein mag. Damit verfügen die Vereinigten Staaten über gewisse Vorteile, und es kommt ihnen auch eine gewisse Führungsposition zu.

Gelegentlich haben wir mit Bedauern feststellen müssen, vor allem zur Zeit des Krieges im Nahen Osten im Jahre 1973, daß der Unterschied in der Position, das heißt der Unterschied im Grad der Abhängigkeit, besonders in Europa häufig so interpretiert wurde, als ob es zwischen uns um gegensätzliche Interessen ginge. Dabei handelte es sich in Wirklichkeit lediglich um divergierende Interessen, die genügend Raum für eine gegenseitige Ergänzung geboten hätten.

Herr Biedenkopf meinte vorhin, das amerikanische Energiepaket vom Februar dieses Jahres bedeute eine erhöhte Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten. Denn der notwendige TechnologieTransfer werde Europa automatisch von den Vereinigten Staaten wesentlich stärker abhängig machen, als das bisher der Fall ist. Hier frage ich aber, was den Europäern angenehmer ist: Wollen sie längerfristig in erhöhtem Maße von den traditionellen Förderländern abhängig sein, oder sind sie bereit, eine gewisse zusätzliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in Kauf zu nehmen?

Offenbar sehen die Europäer einen größeren Nachteil darin, von den Vereinigten Staaten abhängig zu sein als von anderen Ländern. Dieser Aspekt ihrer Ausführungen beunruhigt mich. Ich will gar nicht bestreiten, daß eine erhöhte Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten die Folge sein wird. Vergleicht man dies jedoch mit der anderen Alternative, so dürfte vom europäischen Standpunkt diese Interdependenz jeder anderen Form der Abhängigkeit vorzuziehen sein. Denn für die europäischen Länder kann es auf diesem Gebiet keine Unabhängigkeit geben.

Stürzt die Weltwirtschaft in eine politische Krise? Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine Rede, die Dr. Kissinger im Frühjahr 1973 gehalten hat und die in Europa vielfach mißverstanden und erheblich kritisiert wurde. Darin stellte er die Frage, ob Europäer und Amerikaner bei diesem ganzen Problemkomplex nicht eine Koordinierung und Harmonisierung in den Vordergrund stellen sollten,

gerade im Hinblick auf die gemeinsamen Abhängigkeiten. Es gehe darum, zwischen Europa und Amerika eine Interdependenz zu schaffen; denn eine wesentliche Voraussetzung, um die schwierigen Probleme der gegenwärtigen Phase und für die vorhersehbare Entwicklung der Weltwirtschaft zu bewältigen, bestehe gerade darin, die Interessen der Vereinigten Staaten und Europas aufeinander abzustimmen, unabhängig von den sonstigen Problemen. Dies sollte die zentrale politische Prämisse für unser weiteres Vorgehen sein.

* übersetzt aus dem Englischen

Biedenkopf

Ich folge Ihnen, Herr Sonnenfeldt, wenn es nur diese beiden Alternativen gäbe: wachsende Abhängigkeit von den Produktionsländern oder wachsende Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in der Frage des technology sharing. Ich bin allerdings der Meinung, daß es auch ohne Abhängigkeit geht, also eine dritte Alternative gibt.

Sonnenfeldt

Was wäre das für eine?

Biedenkopf

Die einzelnen Länder könnten ein gemeinsames Programm zur Entwicklung von alternativen Ressourcen aufstellen. Dieses Programm sollte aber nicht durch einen internationalen Kartellpreis abgestützt sein, sondern sehr viel flexibler die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Nationalökonomien in Europa und den USA berücksichtigen.

Zu dem Ziel, das Sie anstreben, gibt es keine Alternative. Ich habe auch nichts gegen wachsende Interdependenzen einzuwenden, möchte aber vermeiden, daß Ungleichgewichte in der Entwicklung von Technologien entstehen, die später über das Instrumentarium von internationalen Patentpools und multinationalen Unternehmen bei der Verteilung der Technologien neue Probleme und Konflikte zur Folge haben. Diese könnten die Kooperation in größerem Umfang belasten und würden auch nicht von den Vorteilen ausgeglichen, die aus einem gemeinsamen Handeln erwachsen.

Fabra

Die Hauptursache für die gegenwärtige Krise sehe ich in den westlichen Inflationsraten. Die Inflation gab es bereits vor Ausbruch der Ölkrise; überspitzt gesagt, ist die Ölkrise gewissermaßen eine ihrer Folgen gewesen. Die Hauptgefahr liegt deshalb nicht in der Konfrontation zwischen den ölproduzierenden Ländern und den ölverbraucherländern, sondern im Verhalten der ölverbraucherländer zueinander.

Sollte sich die Inflation in dem bisherigen Maße fortsetzen, sind weitere Spannungen unter den Ländern mit freiheitlicher Wirtschaftsordnung unvermeidlich. In England wurde jetzt zum erstenmal ganz offen das Thema Einfuhrbeschränkungen diskutiert. Es scheint zumindest, als ob einige Kabinettsmitglieder einer solchen Maßnahme zustimmen würden, die ohnehin vom National Institute of Social and Economic Affairs befürwortet wird.

Die unterschiedlichen Inflationsraten in den einzelnen Ländern bringen also nicht nur die Gefahr der wirtschaftlichen Zerrüttung mit sich, sondern enthalten zudem das Risiko politischer Spannungen. Man denke nur an Spanien, das heute eine Stellung von hohem strategischen Wert innehat und gegenwärtig eine Inflationsrate von mehr als 20 Prozent aufweist. Gleichzeitig sieht sich Spanien einer politischen Herausforderung gegenüber, so daß man allen Grund hat, hinsichtlich der eventuellen Konsequenzen besorgt zu sein.

Eine weitere vorsichtige Folgerung läßt sich ziehen: Wenn die bedrohliche Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden, von uns selbst verursacht wurde, müssen wir auch die Lösung bei uns selbst suchen. Ich bin erstaunt, daß die einzige Strategie, die wir anzubieten haben, das Öl zum Gegenstand hat. Die meisten westlichen Länder haben die sogenannte Energie-Agentur gebildet. Wir sprechen von Energieeinsparung, von Ersatzenergien und so weiter, alles Anstrengungen, die ich für absolut notwendig halte.

Es ist jedoch entmutigend, feststellen zu müssen, daß die westlichen Länder keine einheitliche Front bilden, um der Herausforderung der Inflation entgegenzutreten. Auf diesem Gebiet reagieren sie völlig passiv. Wir sprechen von der Gewährung höherer Kredite an Länder, die ein Zahlungsbilanzdefizit

haben. Ist das die einzige wirklich ernsthafte Lösung, die wir vorzuschlagen haben? Jedermann weiß, daß die Welt durch eine zu hohe Verschuldung bedroht wird, und zwar auf jeder Ebene.

Zunächst international: Sollte das internationale Währungssystem zusammenbrechen, wäre dies auf die hohe Verschuldung zurückzuführen. Das gilt aber auch für die Unternehmensebene. Die gegenwärtige Krise in den Vereinigten Staaten (und in den anderen Ländern) kann ja nicht auf einen Mangel an Bodenschätzen zurückgeführt werden. Der Hauptgrund ist vielmehr, daß sich die Unternehmen in den USA allgemein in einem sehr schlechten finanziellen

Zustand befinden. Das gilt nicht für die mittleren, sondern gerade auch für die Großunternehmen wie PanAm, TWA, Chrysler und so weiter. Wir denken allein an eine Ausweitung der Kredite in einer Welt, die an ihrer Verschuldung fast zugrunde geht.

Die US-Regierung tut offenbar so, als ob die Stärke des Dollars für sie von untergeordneter Bedeutung ist. Dieser historische Fehler hat damit zu tun, alles in Relation zum Bruttosozialprodukt zu setzen. In bezug auf das Bruttosozialprodukt macht der USAußenhandel nur etwa 4 Prozent aus; eine Größenordnung, die anscheinend ohne Belang ist. Als man sich vor einigen Jahren über das Defizit in der USZahlungsbilanz Sorgen machte, erhielt man die übliche Antwort: Darum brauchen Sie sich nicht zu kümmern; denn das Defizit macht weniger als 1 Prozent des amerikanischen Bruttosozialproduktes aus.

Bekanntlich führte aber die kumulative Auswirkung dieses Defizits zum Zusammenbruch des internationalen Währungssystems. Es ist deshalb verkehrt, den USA eine entscheidende Rolle im Welthandel abzusprechen. Mindestens 15 Prozent, manchmal 20 Prozent des Umsatzes der großen amerikanischen Gesellschaften werden im Außenhandel erzielt. Und der Dollar ist trotz allem ein so bedeutender Faktor, daß jede Entwicklung, die den Dollar betrifft, sich unmittelbar auf die ganze US-Wirtschaft auch stimmungsmäßig auswirkt.

Mein Resümee geht also dahin, daß unsere bisher gegebenen Antworten auf die Währungsprobleme nur negativ gewesen sind. Wenn einige Länder ein Defizit haben, gewähren wir ihnen höhere Kredite. Die USA verhalten sich in dieser Hinsicht gänzlich negativ, denn der Wert des Dollars ist ihnen einfach gleichgültig. Solange man diese Einstellung aufrechterhält, wird unsere Position gegenüber den übrigen Ländern, insbesondere gegenüber den OPEC-Ländern, denkbar schwach sein.

Dabei bin ich der Meinung, daß wir auch heute noch die wirkliche Macht besitzen. Wir tun so, als ob die OPEC-Länder mit uns auf der gleichen Stufe stehen, was jedoch in Wahrheit nicht der Fall ist; denn wir sind weit mächtiger, wenn wir nur den Willen haben, diese Macht anzuwenden. Dazu bedarf es allerdings in den Ländern mit freiheitlicher Wirtschaftsordnung eines gesunden Währungssystems. Wenn wir hier versuchen, auf pragmatische Weise Ordnung zu schaffen, werden wir in der Lage sein, die Initiative wieder zu ergreifen.

Bertram

Für jemanden, der kein Wirtschafts- oder Finanzfachmann ist, erscheint die bisherige Diskussion ein wenig eindimensional. Der Bundeskanzler hat in seinem Referat sowohl das OPEC- als auch das Nahostproblem angesprochen, und die Verbindung beider macht im Grunde genommen erst die Krise aus, zumindest den wesentlichen Teil der Krise. Wir haben bisher so diskutiert, als gäbe es für die Politiker von heute nur das eine Problem: Wie löst man die Energiekrise, die Krise der Inflation und der Vollbeschäftigung. Aber dies geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern zu einer Zeit, da andere Krisen drohen und damit auch die Bewältigung der Energiekrise beeinflussen. Am deutlichsten ist das im Nahen Osten, gerade nach dem Scheitern des Stufenplanes von Kissinger. Was wäre die Folge für Europa, wenn das Referendum in Großbritannien negativ ausgeht? Was geschieht, wenn die Sowjetunion anders als bisher versuchen sollte, mögliche Krisen im Westen, etwa in der Europäischen Gemeinschaft, ganz legitim auch politisch auszunutzen?

Wir leben in einer Welt, in der verschiedene Krisen nebeneinander stattfinden, wobei die Weltwirtschaftskrise auf die anderen Krisen durchschlagen kann und umgekehrt. Können zum Beispiel die ersten konstruktiven Ansätze, wie sie in der International Energy Agency oder dem Internationalen Währungsfonds vorliegen, den künftigen Belastungen standhalten? Wieweit ist der Optimismus, der auch in dem, was Herr Klagen sagte, zum Ausdruck kam, gerechtfertigt? In einer von Interdependenzen gekennzeichneten Situation kann ein Fehlschlag an einer Stelle negative Entwicklungen an anderer Stelle verstärken.

Für unser Thema hier bedeutet dies erstens, daß die Zeit für perfekte Lösungen fehlt. Wir müssen vielmehr möglichst schnell pragmatische, auch unvollkommene Obereinkünfte erreichen, um die Hände freizubekommen für die verschiedenen Krisen, die auf uns zukommen. Weniger wichtig als

abschließende Lösungen ist ein Dialograhmen zwischen Verbraucherländern und zwischen Verbrauchern und Produzenten, innerhalb dessen Handlungsalternativen entwickelt werden.

Herr Ponto hat gesagt, es sei doch eine beachtliche Leistung, daß wir versuchen, mit einer Krise ohne den Einsatz kriegerischer Mittel fertigzuwerden. Aber ich bin nicht so sicher, ob nicht das Durchschlagen der einen Krise auf die andere in einem Zustand der Nervosität und Emotionalität doch zum Einsatz kriegerischer Mittel führen kann.

Zweitens, wir brauchen flexible Lösungen und Verfahren. Durch die Wirtschaftskrise selbst werden Spannungen erzeugt und Interessengegensätze auf anderen Gebieten verstärkt. Je starrer eine Regelung, um so stärker werden diese Interessengegensätze. Die Rezession in den Vereinigten Staaten etwa wird die Atlantische Allianz berühren, die wirtschaftliche Entwicklung die Sicherheitspolitik mitbeeinflussen. Die Rezession in Amerika und die politischen Emotionen und Reaktionen, die damit verbunden sind, könnten die Sicherheit in Westeuropa sehr viel nachhaltiger beeinflussen als die Zahl der in Europa stationierten amerikanischen Truppen.

Oder nehmen Sie den Zusammenhang zwischen nuklearer Proliferation und Energiekrise. Die ölproduzierenden Staaten haben durch Öl Macht und Einfluß gewonnen; wer kein Öl hat, könnte versucht sein, das durch nukleare Macht zu kompensieren - mit all den politischen Folgen, die über die wirtschaftlichen weit hinausreichen. Deshalb brauchen wir möglichst flexible Lösungen der gegenwärtigen Krise; sie müssen genug Bewegungsspielraum lassen, daß die wirtschaftlichen Interessendivergenzen nicht die politischen Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen den verbündeten Industriestaaten unterhöheln.

Schmidt

Ich möchte zurückkehren zur konkreten Situation des Jahres 1975. Auch wenn es gelingt, den Waffenstillstand im Nahen Osten aufrechtzuerhalten, so ist damit der zweite Problemkomplex, der mit den Stichworten: Öl, Petrodollar, Zahlungsbilanz-, Kredit- und Währungsstruktur der Welt, terms of trade und so weiter gekennzeichnet ist, überhaupt noch nicht gelöst. Die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes ist nur eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß der zweite Problemkomplex lösbar bleibt.

Was ist im Jahre 1975 konkret zu tun? Viel Zeit für Überlegungen bleibt uns ja nicht. Am 7. April beginnt in Paris die Vorkonferenz mit den OPEC- und Entwicklungsländern, und irgendwann im Laufe dieses Sommers soll die Hauptkonferenz stattfinden.

Zunächst stimme ich Herrn Levy und Herrn Sonnenfeldt zu, wenn sie die Auffassung vertreten, Kooperation erfordere immer auch ein bestimmtes Maß an Bereitschaft zur Konfrontation. Anders sind Verhandlungen nicht möglich, auch nicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Beide Parteien müssen voneinander wissen, daß der andere notfalls auch streiken oder sonstige harte Maßnahmen treffen kann. Eine gewisse Bereitschaft zur Konfrontation gehört zu jeder Verhandlungsführung; anders kann man zu keinem Ergebnis gelangen. Doch habe ich beide Herren so verstanden, daß sie letztlich zu einem gemeinsam erzielten Ergebnis kommen wollen.

Ich habe am Schluß meines Referats einige Punkte aufgeführt, die ich gerne konkret debattiert haben möchte. Denn die Regierungen der westlichen Welt werden darüber innerhalb weniger Monate zu entscheiden haben, oder sie werden auf dieser internationalen Konferenz "hopelessly lost" sein. Ich habe einmal Punkte genannt, denen, sehr gegen meine eigene Denktradition, zugestimmt werden sollte. Zum Beispiel könnte man in geeigneten Fällen zum Abschluß von Rohstoffabkommen bereit sein - so sehr mir das mißfällt. Einige haben sich dagegen ausgesprochen. Man kann jedoch auf dem Felde der Weltpolitik nicht die reine ökonomische Lehre verwirklichen. Ich wäre bereit, hier ein Zugeständnis zu machen. Ich habe hinzugefügt: Ich wäre auch zu einer begrenzten Exporterlösstabilisierung bereit. Ich wäre weiter bereit, Dinge zu unterstützen, die eine schnelle industrielle Entwicklung solcher Länder wie insbesondere Iran, aber auch Algerien, Venezuela und Indonesien, ermöglichen könnten.

Man sollte das Fernziel andeuten und in den Verhandlungen eine schrittweise Verwirklichung anbieten. Es ist ein Fehler, immer nur ja oder nein zu sagen. Der Vorgänger von Präsident Roosevelt hat in diesem Zusammenhang einmal von "carrots and sticks" gesprochen. Ich würde das nicht so nennen. Aber ein Westen, der unfähig ist, "Karotten" anzubieten, kann keine Verhandlungsergebnisse erzielen - auch nicht mit dem Eventualwillen zur Konfrontation.

Weiterhin sind wir auch im eigenen Interesse bereit, die ölüberschußländer im IMF, in der Weltbank, in den sonstigen multinationalen oder multilateralen Institutionen in der richtigen Weise zu integrieren

und zu engagieren. Sie sollen dort ihren Quoten entsprechend stärker vertreten sein und Verantwortung tragen, das heißt selber mitwirken können.

Ich habe dann ein paar Dinge genannt, die ich einstweilen ablehnen würde. Ich befürworte zwar eine gewisse Erlösstabilisierung, bin aber gleichwohl gegen eine Erlösstabilisierung auf dem Wege der Indexierung.

Dieses Problem ist bislang zwischen westlichen Regierungen noch nicht debattiert worden. Es wurde auch in unserer bisherigen Diskussion, großzügig ausgeklammert zugunsten sehr subtiler ökonomischer Erwägungen. Es ist aber ein konkretes Problem des Jahres 1975. Ich bin dagegen, daß man sich leichtfertig auf eine Erlösstabilisierung auf dem Wege der Indexierung einläßt, weil ich fürchte, daß dies den rohstoffarmen Ländern, vor allem Entwicklungsländern, schadet und eine eingebaute Inflationsspirale für die ganze Weltwirtschaft zur Folge hätte. Deshalb würde ich diesen Plänen ein hartes Nein entgegensetzen wollen.

Als Fußnote füge ich ein: Es ist ein Unterschied, ob man von einer Indexierung des Ölpreises oder ob man darüber spricht, in welcher Währung beziehungsweise in welcher Verrechnungseinheit das Öl fakturiert und bezahlt werden soll. Ich kann mir einen Korb von Währungen vorstellen, zum Beispiel einen SDR-Korb, den man dazu benutzt, um das Öl zu fakturieren. Damit ist aber noch keine Indexierung an die Preisentwicklung erfolgt. Das sind zwei verschiedene Dinge, die in der öffentlichen Debatte bisher manchmal durcheinandergeworfen werden.

Zweitens habe ich mich gewandt gegen eine Denaturierung der internationalen Währungspolitik einschließlich der SDR sowie aller neuer Fazilitäten des Weltwährungsfonds in Richtung auf die Entwicklungshilfe. Dies ist ein sehr dezidierter Standpunkt, von dem ich weiß, daß er von einigen europäischen Ländern - jedenfalls nach außen - weniger geteilt wird als von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Ferner habe ich einige Punkte genannt, die wir anstreben müssen, wo wir selber etwas zu verlangen haben. Ich denke, wir haben zu verlangen, daß internationale Verabredungen getroffen, notfalls Institutionen, ein multilaterales Vertragssystem geschaffen werden. Wir haben außerdem eine Verpflichtung der Öl-Überschußländer durchzusetzen, daß sie Entwicklungshilfe "without political strings" leisten.

Es ist sicher angenehm, über wirtschaftspolitische, strukturelle Anpassungen an die neue Weltwirtschaftsordnung zu philosophieren. Die Regierungen der westlichen Industriestaaten aber werden schon sehr bald solche konkreten Fragen zu entscheiden haben. Zumindest müssen sie ihre opening positions klären.

Die internationale Wissenschaft und Publizistik hat auf diesem Felde bislang wenig bei der Lösung des Gesamtproblems geholfen, sondern sich primär mit Teilproblemen befaßt. Floor-price ist ein Teilproblem, Recycling ist ein Teilproblem. Es gibt außer der Energie-Agentur, deren Pläne endlich einigermaßen abgestimmt sind, und außer dem Sicherheitsnetz bisher keine ausreichenden Vorstellungen über das, was die Industrieländer wollen, und über das, was sie gemeinsam ablehnen müssen.

Aber man könnte das noch schaffen. Wenn man es versucht, besteht eine gewisse Chance, den Dialog zwischen Produzenten und Verbrauchern, eingeschlossen die non-oil-developing consumers, zu einer Übereinstimmung stiftenden Forum zu machen.

Wir haben den Ölproduzenten auf diesem gesamtökonomischen Felde auch etwas zu bieten. Der Iran ist daran interessiert, daß seine Bemühungen zur Industrialisierung nicht fehlschlagen. Er ist auch an Sicherheit und Geldwertstabilität interessiert. Gegenwärtig haben die Ölproduzentenländer höhere Inflationsraten als wir: zwischen 20 und 30 Prozent. 30 Prozent in Indonesien, 20 Prozent im Iran, 20 Prozent in Kuwait. In Algerien liegt der Prozentsatz wahrscheinlich in derselben Größenordnung. Zumindest die Elite in diesen Ländern hat ein großes Interesse an einer kontinuierlichen Entwicklung und erkennt die Gefährdungen.

Wir sollten also keine Zeit mit zu theoretischen Erwägungen verlieren. Die politischen Notwendigkeiten stehen zur Entscheidung an.

Thorn

Es wurde verschiedentlich bemängelt, daß man im Westen zu viel Zeit brauche, um zu den drängenden Problemen im entscheidenden Augenblick eine klare Position zu finden. Herr Schmidt hat dankenswerterweise daran erinnert, daß am 7. April die Vorkonferenz in Paris beginnt. Die

Hauptkonferenz wird wahrscheinlich noch in diesem Sommer folgen. Es ist in der Tat wichtig, daß wir eine gemeinsame Position herausarbeiten.

Kooperation oder Konfrontation? Ich habe niemanden sagen hören, er sei für Konfrontation, wie auch immer, Herr Levy, die Problematik aussehen mag. Dagegen ist jeder hier zur Kooperation bereit.

Sie werden verstehen, daß wir hier nicht zu konkreten Schlußfolgerungen über die wirtschaftliche Lage kommen können. Dennoch sollte die Diskussion nicht "open-ended" bleiben. Herr Schmidt hat verschiedene Fragen aufgeworfen, auf die wir ernsthaft eingehen sollten. Er sagte, die OPEC-Länder hätten bisher gezeigt, daß sie sich einig sind und auch eine viel klarere Strategie für die zukünftige Entwicklung haben als die westlichen Industrieländer.

Wie steht es erstens mit der Zusammenarbeit der industriellen Konsumentenländer, und was sollen die Politiker heute und morgen tun, um den aufgezeigten Problemen zu begegnen? Dies ist im Hinblick auf die Konferenz wichtig/Wie steht es zweitens mit der Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern, den Ölproduzenten und der Dritten Welt? Mit anderen

Worten: Wie verhalten wir uns untereinander, und wie sieht unsere Strategie gegenüber den beiden anderen, dem direkten Partner und dem dritten Interessierten aus?

Wieck

Das Schlüsselproblem für die OPEC-Länder ist ihre Forderung nach equality und ihre Klage über inequality. Da man diese Forderung nur innerhalb eines gemeinsamen Bezugsrahmens stellen kann - denn nur innerhalb eines solchen Rahmens können Dinge ungleich oder gleich sein;- , kommt darin auch die Zielsetzung und der Wunsch dieser Länder zum Ausdruck, zu einem ihrem Gewicht entsprechenden Teil der Weltindustriegesellschaft zu werden. Alles, was dazu beiträgt, wird als Kooperation, alles, was das verhindert oder behindert, wird als Konfrontation angesehen.

Diese politische Fragestellung steht für die ölproduzierenden Länder, insbesondere für den Schah vom Iran, im Vordergrund. Der Ölpreis mag sich so oder so entwickeln, entscheidend ist der politische Zusammenhang, in den der jeweilige Preis gestellt wird. Danach sollte sich auch die Vorbereitung des Westens auf den Dialog mit den OPEC-Ländern richten.

Diese Forderung ist vor dem Hintergrund einer Reihe von Spannungsverhältnissen zu sehen. Ich nenne nur die multinationalen Organisationen, die einseitige Preisfestlegung zwischen Rohstoffländern und Industrieländern, den Komplex Ost/West, was die Ideologien und den Komplex Nord/Süd, was die Lebensbedingungen anbetrifft. Dieser Gesamtzusammenhang dürfte das politische Kartell der OPEC-Länder in die Lage versetzen, auch mit wechselnden Winden die eigene Sache voranzubringen.

Levy

Ich möchte zunächst auf die Frage der Rohstoffabkommen eingehen. Meinen Sie damit Abkommen über Menge und Preis? Denn Rohstoffabkommen sollen ja eine Erlösgarantie bieten, wie Herr Schmidt sagte. Müssen sich also die Industrieländer verpflichten, eine bestimmte Menge zu einem bestimmten Preis abzunehmen?

Schmidt

Nein. Beides zusammen kann nicht fixiert werden. Es ließen sich aber die Preise für eine bestimmte Frist, in bestimmten Grenzen, festlegen. Dann könnte man sich wieder zusammensetzen, um die Preismargen neu festzulegen. Ich bin an sich gegen solche Experimente, nur fürchte ich, wir müssen über diese Möglichkeiten einmal reden.

Levy

Das würde sich aber nur auf den Preis beziehen und nicht auf das Einkommen.

Schmidt

Es geht um den Preis innerhalb von Margen. Ich würde nicht die Menge miteinbeziehen.

Levy

Dann wird man aus praktischen Gründen in etwa mit dem gegenwärtig gültigen Preis von 10,30 Dollar beginnen.

Schmidt

10,25 Dollar.

Levy

Zweitens: Eine Indexierung lehnten Sie ab. Würden Sie zustimmen, daß der Preis in Dinar oder in Rials berechnet wird?

Schmidt

In D-Mark würde ich sehr widerstrebend zustimmen.

Levy

Aber die Ölländer wollen unter Umständen in eigener Währung abrechnen.

Schmidt

Das sind keine international üblichen Handelswährungen, denn sie besitzen keine Fungibilität. Darauf kann man sich nicht einlassen.

Levy

Darauf wird man aber wahrscheinlich bestehen. Sie wissen ja, daß gegenwärtig sogar internationale Anleihen in Dinars gegeben werden. Sie sagen aber: Keine local currency.

Dritter Punkt: schnelle Industrialisierung. Die Länder könnten sich zweifellos am schnellsten mittels Raffinerien, Petrochemie und Tankern industrialisieren.

Schmidt

Mit Tankern kaum; denn für die ist in den nächsten 2, 3 Jahren eine solche Flaute zu erwarten, daß das ein Minusgeschäft wäre.

Levy

Ich meine es in dem Sinn: Man schreibt vor, daß das Öl von der eigenen nationalen Tankerflotte transportiert werden muß. Zum Beispiel machen die Franzosen - aber auch andere Länder - die Auflage, daß die Hälfte ihrer Einfuhren mit der eigenen Flotte befördert werden muß.

Wir sollten uns darüber im klaren sein: Schnelle Industrialisierung bedeutet außerordentliche Expansion der Raffinerie- und Petrochemiekapazitäten in den Produktionsländern. Überkapazitäten und Preiserhöhungen werden die Folge sein. Diese Warnung möchte ich nur aussprechen.

Schmidt

Wir haben bereits heute zu große Ölverarbeitungs- und Öltransportkapazitäten. Da läßt sich im Augenblick nichts machen.

Levy

Sobald Sie sagen: "Da läßt sich nichts machen", handeln Sie sich erhebliche Schwierigkeiten ein.

Schmidt

Ich bin mir darüber im klaren.

Levy

Eine weitere Frage: Sollten wir nicht verlangen, daß sich die Ölproduktionsländer, wo es nötig ist, direkt an der Finanzierung des Ölhandels beteiligen? Müßten die Ölländer nicht mit uns zusammen das Kreditrisiko für die Vierte Welt, für Teile der Dritten Welt und vielleicht sogar für einige OECD-Länder mitübernehmen? Ist das nicht eine berechtigte Forderung, die wir auf unseren Katalog setzen sollten?

Schmidt

Wollen Sie ihnen jeweils 25 Prozent der Anteile von Mobiloil, von Exxon, von VEBA anbieten?

Levy

Nein. Mir geht es um die Gründung einer neuen internationalen Organisation, die den Ölhandel für jene Länder finanziert, die selber nicht genügend Devisen haben. Die Ölländer sollten in diese neue Organisation, sagen wir, 60 Prozent und die westlichen Industrieländer 40 Prozent des benötigten Kapitals hineingeben. Ich halte es für wichtig, daß nicht alles über IMF, die Weltbank oder das Sicherheitsnetz läuft, wo ausschließlich wir verantwortlich sind.

Schmidt

Herr Levy, meinen Sie, teilweise wird bar bezahlt und teilweise wird gestundet, und später werden dann die Zahlungen ganz gestrichen?

Levy

Ja, das kommt später. Bei einem solchen Vorgehen stehen die Ölproduktionsländer vor der Wahl: Entweder beteiligen sie sich nicht, oder sie werden einfach nicht mehr genug Öl produzieren, was für sie wiederum ein zu hohes Risiko von einer "strangulation" bedeutet.

Nächster Punkt: Eine internationale Vereinbarung, Entwicklungshilfe ohne politische Bedingungen zu geben. Wird es da nicht zu einer ganzen Reihe von Ausnahmekatalogen kommen? Ich denke etwa an die Franzosen. Mehr als die Hälfte dieser Länder sind frühere französische Kolonialgebiete. Amerika wird vor allem mit Vietnam und vermutlich mit Israel zu tun haben. Ist das nicht eine Sackgasse? Deutschland mag da in einer günstigeren Lage sein.

Schmidt

Das muß man besprechen. Vom deutschen Standpunkt wäre es dringend wünschenswert, auf politische Bedingungen zu verzichten.

Levy

Schließlich: Sollten wir nicht mit den Produktionsländern darüber diskutieren, welche Art von Investitionspolitik in unseren eigenen Ländern in Frage kommt, und wo wir Bedenken haben? Vielleicht sollten wir die Produktionsländer rechtzeitig von übertriebenen Erwartungen abhalten.

Ich fasse zusammen: Rohstoffabkommen bedeuten wahrscheinlich, daß man den gegenwärtigen Preis sanktioniert.

Schmidt

Für eine gewisse Zeit und nicht ganz den jetzigen Preis: 5 Cents weniger.

Levy

Weiterhin läßt es sich vermutlich kaum umgehen, daß wir einer beträchtlichen Vergrößerung der Ölraffineriekapazitäten zustimmen. Auf jeden Fall sollten wir aber daran festhalten, daß die Ölländer das Kreditrisiko im Ölhandel mit uns zusammen tragen müssen und dieser nicht allein durch unsere eigenen Fonds finanziert wird.

Schmidt

Dem stimme ich zu. Das war meine erste Kritik an dem Plan eines Sicherheitsnetzes, der uns das ganze Risiko allein aufbürdet.

Levy

Dazu gehört auch der IMF.

Schmidt

Im IMF tragen sie das Risiko mit.

Levy

5 Prozent oder wieviel?

Schmidt

Man muß ihre Quoten aufstocken.

Levy

0. k., 10 Prozent.

Biedenkopf

Schließt die Zustimmung zu Rohstoffabkommen für Öl auch Abkommen über andere Rohstoffe mit ein?

Schmidt

Trotz schwerer innerer Bedenken würde ich ja sagen.

Biedenkopf

Die Frage führt unmittelbar zum Problem des Schwellenpreises. Ich bin nicht sicher, Herr Schmidt, ob man allein auf die Preisgarantie abstellen kann. Denn die Entwicklungsländer sind nur an Rohstoffabkommen interessiert, die eine gewisse Einkommensgarantie gewährleisten. Wenn sie nicht für einen überschaubaren Zeitraum gegen eine drastische Substituierung ihrer Rohstoffe oder gegen sonstige Abnahmeausfälle geschützt werden, dann nützen ihnen diese Rohstoffabkommen nicht viel. Sie sind im übrigen auch kaum durchführbar, weil die Länder dann unter Umständen auf ihren Rohstoffen sitzenbleiben.

Schmidt

Das ist deren Risiko.

Biedenkopf

Natürlich! Ich würde es deshalb nicht zu den Punkten zählen, denen wir zustimmen sollten.

Schmidt

Da jene Länder es fordern, ist es um so leichter, ihnen hierin nachzugeben. Das Risiko, daß es später nicht funktioniert, haben sie dann allein zu tragen.

Biedenkopf

Sie bieten also eine Art von Rohstoffabkommen an, die den anderen im Grunde nichts gibt, sondern ihnen praktisch das Risiko überwiegend beläßt?

Schmidt

Solche Rohstoffabkommen sind möglicherweise nach wenigen Jahren nicht mehr durchführbar.

Hiß

Die Finanzierungsforderungen im Rahmen solcher Rohstoffabkommen werden sofort dazukommen.

Biedenkopf

Das ist nicht voneinander zu trennen.

Soweit es darum geht, die Währungspolitik nicht als Mittel der Entwicklungshilfe zu benutzen, stimme ich zu.

Schmidt

Es ist Ihnen aber klar, daß in diesem Punkt mit Ausnahme der Bundesregierung und vielleicht der Amerikaner andere Regierungen bisher nicht dieser Meinung sind.

Biedenkopf

Das ist mir klar.

Noch ein Wort zu dem, was wir fordern sollten. Ich bin nicht sicher, ob es auch in unserem eigenen Interesse liegt, die Entwicklungshilfe von allen politischen Bedingungen freizustellen. Zumindest müßte man genau definieren, was man unter politischen Bedingungen versteht. Die Frage ist zum Beispiel, um auf die von Herrn Levy genannten Fälle einzugehen: Können wir daran interessiert sein, Entwicklungshilfe zu geben, ohne Einfluß darauf zu nehmen, daß in den Entwicklungsländern Überkapazitäten entstehen?

Schmidt

Das sind keine politischen Bedingungen. Was ich meine ist: Einem ölexportland sollte es nicht erlaubt sein, Indiens ölimporte und andere Importe zu finanzieren mit der Auflage, dafür Indiens Stimme in den Vereinten Nationen und in anderen Gremien zu gewinnen.

Bertram

Wie wollen Sie das verhindern?

Schmidt

Alle Finanzierungen etwa über die Weltbankgruppe umgehen dieses Problem.

Biedenkopf

Das bedeutet im Ergebnis Internationalisierung, ja Multinationalisierung.

Schmidt

Multilateralisierung.

Biedenkopf

Ähnliches haben wir ja auch in Europa diskutiert, um auf andere europäische Regierungen einwirken zu können.

Ferner hat Herr Levy auf die ebenfalls außerordentlich wichtige Frage hingewiesen, wie die ölländer an den Finanzierungsrisiken mitbeteiligt werden können, und zwar über das hinaus, was der 25-MilliardenDollar-Fonds leisten soll. Dieser Fonds steht doch nur dann zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten zur Verfügung, wenn die betroffenen Länder zum Beispiel Kredite nur zu außerordentlich ungünstigen Bedingungen erhalten können.

Schmidt

Nein, das Sicherheitsnetz tritt erst in Funktion, wenn sie das Geld nur unter Akzeptierung politischer Auflagen erhalten können. Wenn der Markt ihnen jedoch 10 Prozent abverlangt, müssen sie halt die teuren Zinsen in Kauf nehmen. Die haben wir ja auf dem Markt auch zu bezahlen.

Biedenkopf

Es wurde doch aber im Rahmen des Solidaritätsfonds auch die Frage diskutiert, ob man unter Umständen die Zinsen subventionieren soll.

Schmidt

Das würde ich nicht tun wollen.

Klasen

Auch der Internationale Währungsfonds sieht eine Zinssubventionierung unter bestimmten Bedingungen vor.

Biedenkopf

Eben. Dort gibt es also auch die Möglichkeit, auf die Zinshöhe Einfluß zu nehmen.

Schmidt

ölfazilitäten, Sonderziehungsrechte - das alles muß ausgeschöpft sein, bevor das Sicherheitsnetz in Anspruch genommen werden kann.

Androsch

In Österreich sind wir konsequent der Meinung, daß man eine Politik des verständigenden Dialogs betreiben soll. Dies ist zweifellos nur aus einer Position der Klarheit und einer daraus resultierenden Festigkeit möglich - im Unterschied zu einer Position der Stärke, die unter Umständen nur künstlich ist. Dabei sollte man nicht nur die Interessenlage des Dialogpartners in Rechnung stellen, sondern zudem seine psychologische Situation berücksichtigen, die wesentlich von der Entwicklung der letzten Jahrzehnte bestimmt ist. Von daher ergibt sich die Frage: Welche Bedingungen können wir stellen?

Es ist wichtig, daß der Unterschied von Verrechnungseinheit und Indexierung deutlich gemacht wurde. Die Verrechnungseinheit ist entscheidend, um in einer Situation, wie wir sie in der letzten Zeit hatten und noch haben, das Wechselkursrisiko zu reduzieren. Das ist für uns, die wir in den letzten anderthalb Jahren mit dem Absorptionsproblem konfrontiert waren, nach der dramatischen Ölpreiserhöhung eine angenehme Entwicklung. Denn damit wäre die Erhöhung an reale Bedingungen gebunden und würde 6½ bis 7 Prozent ausmachen, je nachdem wie hoch die Inflationsrate ist. Natürlich würde das Problem so nicht gelöst.

Obwohl ich grundsätzlich kein Freund der Indexierung bin, wäre ich also in diesem Fall nicht von vornherein abgeneigt, darauf einzugehen, vorausgesetzt, daß man sich darüber verständigen kann, von welchem Preis die Indexierung ausgeht und zu welchen Bedingungen sie vorgenommen wird.

Dann einige Worte zur Frage einer schnellen Industrialisierung: Es ist sicher naheliegend, dort anzusetzen, wo sich gewissermaßen Komplementärfaktoren anbieten. Das setzt aber ein Mindestmaß an Sicherheitsgarantien voraus, damit die schnelle Industrialisierung dieser Länder unser Abhängigkeitsrisiko nicht noch erhöht.

Im Hinblick auf die Finanzierung haben wir in den letzten anderthalb Jahren die Erfahrung gemacht, daß man von uns erwartete, sowohl das finanzielle Volumen aufzubringen als auch das finanzielle Risiko und das damit zusammenhängende politische Risiko zu tragen. Und das per Saldo noch zinsgestützt. Ich erwähne nur unser Algeriengas-Projekt, das an einer solchen einseitigen Lastenverteilung gescheitert ist. Für ein so kleines Land wie Österreich stellen sich also die Probleme ähnlich dar wie für die große Bundesrepublik. Das gilt selbst für die energieempfindliche Schweiz, die, gemessen an ihrer Größe, über außerordentliche Kapitalressourcen verfügt.

Ich würde also eine Indexierung nicht von vornherein ablehnen.

Schmidt

Ist aber nicht zu befürchten, daß eine solche Indexierung dann auch sehr schnell auf sämtliche anderen Rohstoffe übergreift?

Androsch

Sicher. Ich sage dies auch nicht aus innerer Überzeugung, sondern aus pragmatischen Gründen.

Dazu eine eher allgemeine Überlegung. Wir haben heute unter anderem die Frage diskutiert: Auf welchem Wege können wir nationalstaatlich bessere Verteilungsmechanismen erreichen. Das ist ein innenpolitisches Problem. Wichtiger noch ist die Frage: Wie erreichen wir weltweit gesehen bessere Verteilungsmechanismen? Das ist nicht der einzige, aber wohl einer der zentralen Punkte einer neuen Weltwirtschaftsordnung, wenn wir die sozialen Spannungen verringern wollen.

Wenn es gelänge, die Weltwirtschaftsordnung mit Hilfe der Indexierung auch in dem Sinne zu verbessern, daß die finanziellen, die eigentumsmäßigen und die Abhängigkeitsrisiken vermindert werden, dann hätten wir einen wesentlichen Schritt nach vorn getan. Ich räume gern ein, daß das Problem der Vierten Welt hierbei zunächst einmal unberücksichtigt bleibt. Aber die Frage eines weltweiten Verteilungsmechanismus und der Verringerung sozialer Spannungen nimmt dann die Rohstoff- und die Industrieländer gleichermaßen in die Verantwortung.

Sonnenfeldt

Das Sicherheitsnetz ist kritisiert worden, weil es ausschließlich von den Industrieländern finanziert werden soll. Man argumentierte: Wenn es die Versorgungssicherheit gewährleisten soll, sei es nicht zweckmäßig, das Netz gerade jetzt von jenen Quellen abhängig zu machen, die selbst unsicher sind. Darüber hinaus war es aus psychologischen und politischen Überlegungen heraus erforderlich, daß

die Verbraucherländer selbst einen Schritt in diese Richtung taten, und zwar auch in Verbindung mit den bestehenden Möglichkeiten im Rahmen der OECD und des IMF.

Wie auch die künftige Finanzierung aussehen mag, in der Vorbereitungsphase war es - Herr Schmidt deutete es in seinem Vortrag an - aus psychologischen und politischen Gründen notwendig, ein solches Instrument zu schaffen, und zwar von den Ländern, die sich selbst für verwundbar halten.

Ich teile Ihre Ungeduld, was die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung des Dialogs angeht, und ich begrüße sehr die von Ihnen genannten Punkte. Vermutlich würden wir eine ähnliche Liste zusammenstellen. Aber wir sollten uns klarmachen, was die Absicht meines Landes war, als wir mit der Rede von Kissinger in London im Dezember 1973 den Ball ins Rollen brachten. Das Ziel war, Vorbereitungen für den Dialog zu treffen, indem zunächst einiges auf der Verbraucherseite getan werden sollte. Dabei ging es um Maßnahmen, die, wie Sie bereits ausführten, in der Zwischenzeit eingeleitet worden sind. Wir sollten daran denken, wie weit wir in den letzten einviertel Jahren gekommen sind, seit dieser Prozeß in Gang gesetzt wurde.

Bei der ersten Maßnahme handelte es sich um ein Verteilungssystem für den Notfall, das den Verbraucherländern ein Mindestmaß an Sicherheit bieten sollte. Hier haben wir eine Übereinkunft erzielen können. Es liegt nunmehr bei den einzelnen Regierungen und Parlamenten, darüber zu entscheiden.

Die zweite Maßnahme war die Einrichtung der Energie-Agentur. Auch dies ist geschehen. Die Zahl der Mitglieder hat sich erhöht, und die Kinderkrankheiten sind überwunden worden.

Die dritte Maßnahme hatte jene Dinge zum Inhalt, auf die wir uns als Konsumenten konzentrieren und die wir selbst lösen sollten. Dies betrifft vor allem das Programm für die Energieeinsparung. Dabei bin ich mit Ihnen einer Meinung, daß mehr getan und weniger geredet werden sollte. Was die Entwicklung alternativer Energien angeht, so dürfte im Grundsatz, von einigen Meinungsverschiedenheiten vor allem in der Frage der Technologien abgesehen, Einigkeit herrschen, und wir können damit fortfahren.

Die vierte Maßnahme war die Frage der finanziellen Solidarität, und hier dürften wir das erreicht haben, was in dieser Phase überhaupt zu erreichen ist. Dies trifft auch für einige technische Aspekte zu.

Ich bin also der Meinung, daß das vergangene Jahr, in dem wir uns alle auf diese Dinge konzentriert haben, keinesfalls ein verlorenes Jahr war. Aber ich stimme mit Ihnen überein, daß wir damit lediglich die Voraussetzungen für den Dialog geschaffen haben. Unsere Regierung vertritt sehr konsequent den Standpunkt, daß die Verbraucherländer weitgehend zu einer untereinander abgestimmten Haltung kommen müssen, bevor der Dialog mit den öl- und rohstoffproduzierenden Staaten beginnt. Von daher meine ich, daß der Herr Bundeskanzler mit seiner Aufstellung einen großen Beitrag in dieser Richtung geleistet hat.

Dondelinger

Herr Sonnenfeldt hat mit Recht als positiv vermerkt, daß die Regierungen der Industrieländer nach 15 Monaten endlich ein Gesamtkonzept für die zukünftigen Verhandlungen mit den OPEC-Staaten zustande gebracht haben. Das Globalkonzept, das Herr Schmidt vorgelegt hat, bezieht nun auch die Zusammenarbeit mit anderen Rohstoffländern ein. Hier wird eine Angleichung der Standpunkte zumindest ebenso schwierig sein. Denn bei den anderen Rohstoffen sind wir dem Druck der ökonomischen Fakten nicht so unmittelbar ausgesetzt. Außerdem ist die Interessenlage der Industrieländer hier noch uneinheitlicher als beim ölproblem.

Machen wir uns deshalb nicht Illusionen, wenn wir annehmen, alle diese Fragen könnten in einem Globalpaket verhandelt und arrangiert werden? Ist nicht vielmehr zu befürchten, daß die OPEC-Länder eine Doppelrolle spielen werden? Einmal verhandeln sie mit den Industriestaaten über das Erdöl, wobei beide Parteien ein mehr oder weniger ausgewogenes Interesse haben, was zumindest theoretisch die Möglichkeit eines Arrangements erleichtert. Auf der anderen Seite jedoch betrachten sich die OPEC-Länder manchmal, nicht ohne einen Hauch von Demagogie, als Entwicklungsländer. Dies erschwert natürlich die Verhandlungen der Industriestaaten mit den Entwicklungsländern ganz erheblich, weil hier ein dritter Partner mitwirkt, der nicht die gleichen Interessen hat.

Herr Androsch sprach eben den Lastenausgleich an, um den es auch in einer Kooperation mit anderen Rohstoffländern gehen wird. Dieser Lastenausgleich wird sich wahrscheinlich mit der klassischen Entwicklungshilfe überschneiden, eines Tages vielleicht sogar die Rolle der ursprünglichen Entwicklungshilfe übernehmen. Damit stellt sich für die Industriestaaten das Problem, Lasten nicht nur im Sinne finanzieller Beiträge zur Aufrechterhaltung bestimmter Preise zu

übernehmen. Vielmehr denke ich auch an den Transfer von Primärindustrien, der, insbesondere für die europäischen Industriestaaten, interne wirtschaftliche und soziale Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Ist ein solcher Lastenausgleich, der für das Erdöl hoffentlich in der Energie-Agentur arrangiert werden kann, zwischen Industriestaaten ohne eine dauerhafte Regelung denkbar? Bedeutet das nicht, daß zwischen den Industriestaaten beiderseits des Atlantiks einschließlich Japans und einiger anderer Staaten eine Weltorganisation der Industrienationen anzustreben ist, in deren Rahmen der Lastenausgleich zustande gebracht werden müßte? Ohne eine solche übergreifende Organisation wird die Kooperation mit den Entwicklungsländern auf die Dauer nicht möglich sein.

van Lennep

Ich stimme mit Herrn Sonnenfeldt überein, daß wir 1974 und 1975 unter den Industrieländern eine bemerkenswerte Zusammenarbeit zustande gebracht haben, und dies unter außerordentlich schwierigen Bedingungen. Gegenüber den Entwicklungsländern aber waren sie, was finanzpolitische, handelspolitische und energiepolitische Hilfe angeht, grundsätzlich defensiv eingestellt. Allmählich kommen wir in eine vorbereitende Phase, die konstruktive Phase aber steht noch aus.

Ich bin auch der Meinung, daß wir diese Fragen nicht in einer Tagesordnung mit den Ölproduzenten und den anderen Entwicklungsländern gemeinsam behandeln sollten. Obwohl hier zweifellos Interdependenzen bestehen, wäre es besser, sich damit in verschiedenen Gremien zu befassen. Es wird aber Zeit, daß wir eine gemeinsame Linie finden. Wir können nicht in den Dialog mit den Ölproduzenten und den anderen Entwicklungsländern eintreten, wenn die Meinungsverschiedenheiten unter uns weiterhin so groß bleiben wie im vorigen Jahr.

Ich sehe es als positiv an, daß bei Rohstoffabkommen nicht nur über das Öl, sondern auch über andere Rohstoffe gesprochen werden soll. Ich halte das für einen wichtigen Schritt vorwärts. Dies ist ein kompliziertes und tiefgreifendes Problem, das nicht nur die Preise, sondern auch die Investitionen betrifft.

Mit den übrigen Punkten, die Herr Schmidt genannt hat, stimme ich im wesentlichen überein, und ich möchte mich nur zu zweien äußern. Erstens zur Indexierung. Es ist eine Illusion zu meinen, wir könnten mit Hilfe der Indexierung den Ölproduzenten einseitige Preisfestsetzungen in Zukunft unmöglich machen. Man unterstellt, bei einer Indexierung habe man eine objektive Formel, die das verhindere. Diese Annahme ist eine gefährliche Illusion.

Wenn man über Indexierung spricht, muß man sich zunächst darüber klar werden, welche Preise miteinander verknüpft werden sollen. Wir haben in vielen Industrieländern zum Beispiel eine Indexierung der Löhne. Das heißt, die Kaufkraft der Löhne wird dadurch stabilisiert, daß man sie an den Index der Lebenshaltungskosten bindet. Das ist ebenfalls gefährlich, aber man sieht es in vielen Ländern als unvermeidlich an.

Im internationalen Rahmen würde eine Indexierung etwa bedeuten, damit die Kaufkraft eines Rohstoffproduzenten zu stabilisieren, mit anderen Worten: eine Verbindung herzustellen zwischen dem Preis für einen Rohstoff und den Einfuhrpreisen für Industriegüter. Diese Forderung tragen viele der Ölproduzenten an uns heran. Sie halten es für selbstverständlich, in Zukunft für ihre Verkäufe die gleichen Gütermengen aus den Industriestaaten zu erhalten. Es ist aber völlig unannehmbar, den Preis eines Rohstoffes mit einem willkürlichen Paket von Einfuhrpreisen aus einem bestimmten Land oder einer Gruppe von Ländern zu verbinden.

Wenn man Übereinkommen über den Preis erzielen will, dann ist das nur über einen längeren Zeitraum sinnvoll. Es hat keinen Zweck, solche Abkommen nur über ein Jahr abzuschließen. Nehmen wir einen Zeitraum von 5 Jahren an, dann wird deutlich, daß irgendwann die Frage der Indexierung auftaucht. Denn ein Preis, gerechnet in nominellen Werten von heute, erfüllt 5 Jahre später zweifellos nicht mehr den gleichen ökonomischen Zweck. Da die Produktionskosten in der Zwischenzeit gestiegen sind, ist eine gewisse Korrektur unerlässlich. Ich halte es aber für unmöglich, eine Indexzahl zu finden, mit deren Hilfe man über einen längeren Zeitraum die Produktionskosten für einen Rohstoff, sei es nun Öl oder andere Dinge, stabil halten kann.

Ich sehe es zum Beispiel für gefährlich an, wenn man den Ölpreis an der durchschnittlichen Inflationsrate in den OECD-Ländern orientieren will. Das ist eine Durchschnittszahl, die in Wahrheit keine wirtschaftliche Grundlage hat. Herr Schmidt nannte in seinem Referat etwa 12 Prozent. Aber in dieser Zahl sind Prozentzahlen von 6 bis 20 Prozent zusammengefaßt. Wenn man die Ölpreise langfristig an diese allgemeine Inflationsrate indexierte, könnte das zu wirtschaftlichen Verzerrungen führen. Langfristige Preisabsprachen sind nicht ohne zwischenzeitliche Korrekturen möglich. Dabei

kann die Inflationsrate der Industrieländer mitberücksichtigt werden, aber sie darf kein automatischer Korrekturfaktor sein.

Will man überhaupt über eine längere Zeit einen Preis verabreden? Für Rohstoffe dürfte das im allgemeinen schwierig sein. Denn bei den meisten Rohstoffen besteht eine große Substitutionsgefahr. Beim Öl wäre ein solches Vorgehen wohl möglich, obwohl auch da Vorsicht geboten ist, damit man keine oberflächliche Indexierungsformel erhält. Wir sind gegenwärtig dabei, in dieser Hinsicht etwas vernünftiger miteinander zu sprechen.

Schließlich eine kurze Bemerkung über das "link". Es war ein Fehler der Entwicklungsländer, so große Erwartungen in das "link" zu setzen und es in der UNCTAD und im Weltwährungsfonds zu einem Hauptgegenstand ihrer Forderungen zu machen. Andererseits sind diese Versuche verständlich angesichts des niedrigen Niveaus der Entwicklungshilfe. Die ablehnende Haltung der reichen Länder solchen Experimenten gegenüber wäre allerdings glaubwürdiger, wenn wir den armen Ländern deutlich machen könnten, daß wir in der Entwicklungshilfe zu einer konstruktiveren Politik als bisher bereit sind.

Burchard

Wir kommen bei den Gesprächen mit den OPEC-Ländern nicht an deren Forderung vorbei, den Ölpreis an einen Index zu binden, der sich an einem gewogenen Mittel des Indexes der Industriepreise orientiert. Dies ist insbesondere für die Bundesrepublik gefährlich, weil sie dabei schlechter abschneiden würde. Sie liegt nämlich mit ihrer Inflationsrate erheblich unter dem Durchschnitt. Trotzdem wird man sich mit dieser Frage auseinandersetzen müssen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Bisher wird das Öl nicht von Staat zu Staat gehandelt, sondern zwischen dem anbietenden Land und den Mineralölgesellschaften, die den Preis diktiert bekommen nach dem Motto: Friß oder stirb. Wenn aber mit Hilfe internationaler Vereinbarungen auf staatlicher Ebene der Preis in irgendeiner Form fixiert und indexiert wird, dann könnte das sehr negative Folgen haben.

Ich gebe zu, das ist alles leicht gesagt. Die Regierungen sind mit diesem Petition der OPEC-Länder konfrontiert und müssen dazu Stellung nehmen. Ich kann allerdings im Augenblick keinen besseren Vorschlag machen, wie man den OPEC-Ländern ihre terms of trade erhalten könnte.

Schmidt

Wir sind uns einig, Herr Burchard, daß das marktwirtschaftlich nicht wünschenswert ist. Doch eine Welt, in der nur wir unsere eigenen Vorstellungen durchsetzen können, gibt es nicht.

Burchard

Ich stimme mit Ihnen überein, daß man sich darüber unterhalten muß. Die Verbraucherländer können nicht so tun, als gäbe es diese Frage nicht.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Es ist absolut notwendig, die Ölländer in ihren Bemühungen um Industrialisierung zu unterstützen. Herr Schmidt hat vorhin zu Recht gesagt, man sollte dort nicht gerade Raffinerien bauen. Wenn dies aber trotzdem geschieht, muß man sich darüber klar sein, daß sich damit unsere Abhängigkeit vergrößert. Heute beziehen wir Rohöl aus verschiedenen Ländern und verarbeiten es in den Raffinerien der Bundesrepublik. Stellen Sie sich vor, wir beziehen aus einem Ölland die in dortigen Raffinerien hergestellten Endprodukte, und dieses Land weigert sich plötzlich zu liefern. Dann nützt uns nicht einmal das Rohöl aus anderen Ländern etwas, weil es uns an entsprechenden Verarbeitungsstätten fehlt. Wenn man also in dieser Richtung vorgeht und beim Bau von Raffinerien kooperiert, sollte man sich zugleich ein Äquivalent einhandeln, um eine gegenseitige Abhängigkeit zu erreichen.

Eine weitere Überlegung: Bestünde nicht die Möglichkeit, angesichts des immensen Finanzbedarfs auf dem Energiesektor, die in den OPEC-Ländern vorhandenen und dort nicht genutzten Mittel für die Entwicklung anderer Energien nutzbar zu machen? Ich denke nicht nur an das Öl, sondern auch an die forcierte Erschließung anderer Energien, die zum einen als Ersatz für das Öl, zum anderen zur Deckung des Energiebedarfs in toto dienen sollen, ist es nicht denkbar, denjenigen Ölländern, die dieser Frage aufgeschlossen gegenüberstehen, hier einen Weg zu eröffnen?

Ich komme noch einmal zurück auf die Frage: Welche Lehren können wir aus dem Verhalten der OPEC-Länder im Hinblick auf andere Rohstoffe ziehen? Dieses Thema umfaßt die Frage der Kartellierung und die Auswirkungen von Preisfixierungen auf andere Rohstoffe. Vielleicht können wir

eine solche Kartellierung dadurch unterlaufen, daß es uns gelingt, zumindest einige Rohstoffländer, die ja sehr unterschiedliche Interessen haben, auf unsere Seite zu ziehen.

Es wird sicher schwierig sein, zwischen den Industrieländern zu einer einheitlichen Linie zu gelangen, vor allem was die übrigen Rohstoffe angeht - das mag bei Energie noch eher möglich sein. Meines Erachtens fehlt es bisher an einer hinreichenden Analyse der Lehren, die aus dem OPEC-Verhalten im Hinblick auf andere Rohstoffe zu ziehen sind.

Klasen

Im Gegensatz zu der von einigen hier geäußerten Auffassung, bin ich mit Herrn Giersch darin einig, daß das künstlich aufgebaute OPEC-Kartell nicht sehr lange halten wird. Insbesondere wenn dieses Kartell, wie hier gesagt wurde, politisch untermauert ist, birgt es noch zusätzliche Zerfallsmöglichkeiten in sich.

Ich ziehe daraus folgende Konsequenz: Wenn man überhaupt über eine Preisgarantie verhandeln will, dann müßte der Preis erheblich unter dem bisherigen liegen und nicht nur 5 cents niedriger sein. Ich bin der Meinung, daß man mehr verlangen kann, als hier in der Diskussion zum Ausdruck kam; denn diese Länder sind ja inzwischen keineswegs mehr so unabhängig wie zu Anfang. Sie haben in ihre wirtschaftlichen Pläne bereits die großen Einnahmen einkalkuliert. Außerdem belastet sie alle ein schlechtes Gewissen, von dem sie dann auch befreit sein würden.

Zudem befinden wir uns gegenwärtig aufgrund der konjunkturellen Entwicklung in einer sehr günstigen Situation. Zur Zeit sind die Läger voll. Das heißt, unsere starke Zeit kommt noch. Wir haben es eigentlich gar nicht so eilig, sollten uns aber möglichst schnell untereinander einig werden. Mit den ölländern bestehen durchaus Verhandlungsmöglichkeiten.

Ähnliches gilt auch für die anderen Rohstoffpreise, die zum großen Teil gesunken sind, während die Ölpreise künstlich hoch gehalten werden. Würde man auf dem jetzigen Niveau beim Öl Preisabsprachen treffen, wäre das auch für die anderen Rohstoffländer ein Anreiz zu neuen politischen Kartellen, um so Druck auf die Konsumentenländer ausüben zu können.

Gegenwärtig bemühen sich doch die OPEC-Länder, mit uns ins Gespräch zu kommen. Nicht wir haben uns ihnen, sondern sie haben sich uns genähert, Herr Levy. Ich bin der Ansicht, daß sie gern eine gewisse Garantie für die Zukunft hätten, und die müssen sie sich etwas kosten lassen. Wir sollten aber recht vorsichtig sein; denn offenbar sind diejenigen unserer europäischen Partner, die selbst Difunde gemacht haben, im Geiste bereits Mitglieder der OPEC. Dazu zählen Holland mit seinem Gas, Norwegen und England mit ihrem Öl. Deren Rechnung beruht nämlich auf den augenblicklich überhöhten Preisen.

Wieck

In der jetzigen Situation verhandeln die Industrieländer in der Regel mit einem Gefühl relativer Schwäche mit einzelnen Erdölländern. Das läßt sich bei Delegationen, die aus westlichen Ländern nach Teheran kommen, leicht feststellen. Sie sind teilweise bereit, auf Dinge einzugehen, die es sehr fraglich erscheinen lassen, ob sie auch solide sind.

Eine Konferenz, wie sie jetzt in Vorbereitung ist, könnte den Industrieländern auch die Chance geben, in den eigenen Reihen ein wenig Ordnung zu schaffen. So wie bei der Ost-West-Konferenz in Europa an die Stelle bilateraler Entspannungspolitik eine abgestimmte westliche Politik gegenüber der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern Platz gegriffen hat, nachdem bestimmte Grundbedingungen hergestellt worden waren, so scheint mir eine abgestimmte westliche Politik auch im Verhältnis zu den ölproduzierenden Ländern möglich zu sein.

Voraussetzung ist allerdings, daß die Konferenz nicht innerhalb von drei Wochen zu definitiven Beschlüssen führen muß. Findet sie über einen längeren Zeitraum hin statt, so werden sich im weiteren Verlauf differenzierte nationale Interessen Venezuelas, Indonesiens, Persiens und anderer Länder gegenüber den Industriestaaten zeigen. Andererseits ist jedoch die politische Solidarität der OPEC-Länder nicht zu unterschätzen.

Was mich ein wenig beunruhigt ist, daß auf der letzten OPEC-Konferenz eine Taktik festgelegt wurde, die es dem Westen schwermachen dürfte, sich durchzusetzen. Die OPEC-Länder haben es nämlich verstanden, ihr Petikum in das Gesamtpetikum der Entwicklungsländer einzubetten und die Industriestaaten in die Position des Angeklagten hineinzumanövrieren. Daher müssen die Industriestaaten bei ihrer eigenen Vorbereitung auf diese Konstellation gefaßt sein und versuchen, diese beiden Gruppen nach Möglichkeit wieder zu spalten.

Das werden wir aber nur über eine Industrialisierung der Erdölländer erreichen können. Denn da sind ihre eigenen Interessen unmittelbar angesprochen, so daß sie auch zu Konzessionen in Fragen der Rohstoffpolitik, der Indexierung und so weiter bereit sein werden. Eine Regierung wie die iranische wird sich vermutlich nicht vorstellen, sehr schnell zu einer Indexierung zu kommen. Das Ergebnis wird unter Umständen nur in sehr vagen Formeln bestehen, wo von der Indexierung möglicherweise nur noch das Wort bleibt.

Levy

Die OPEC-Länder werden sicher nicht einem Garantipreis zustimmen, der nahe bei dem jetzigen Preis liegt, Herr Klasen. So hat Henry Kissinger zu verstehen gegeben, er würde sich auf eine Preisgarantie eventuell einlassen, wenn der Preis wesentlich unter dem jetzigen liege.

Übrigens bin ich nicht Ihrer Ansicht, daß das OPEC-Kartell leicht auseinanderfallen wird. Sollte es dennoch der Fall sein, und zwar dadurch, daß der Preis infolge eines Überangebots von Rohöl erheblich sinkt, hätte das sehr schwerwiegende politische Konsequenzen, die die Stabilität der Ölproduktionsländer erheblich in Frage stellen könnte.

Ich bin also nicht der Meinung, daß das OPEC-Kartell zusammenbricht, aber es wäre verkehrt, wenn wir es noch zusätzlich durch einen Garantipreis stützen. Giscard d'Estaing hat sich zur Frage einer Indexierung bereits positiv geäußert, sofern dafür ein niedrigerer Ausgangspreis zugrunde gelegt wird. Mit anderen Worten, einige Industrieländer haben sich gegenüber den OPEC-Ländern schon weitgehend festgelegt.

Was mich interessiert ist nicht so sehr, was wir den OPEC-Ländern anbieten, sondern was wir von ihnen fordern können. Denn es sind doch die Industrieländer, die durch den ungeheuren Preisanstieg plötzlich in eine sehr schwierige Lage gebracht worden sind. Zweifellos waren die Ölpreise während der sechziger Jahre sehr niedrig, und deshalb hatten die Ölproduktionsländer ein gewisses Recht zur Beschwerde. Wenn wir uns aber im Rahmen einer sogenannten freien Marktwirtschaft bewegen, kann ich nicht einsehen, daß der Marktpreis eines Gutes wesentlich höher als, sagen wir, 30 cents betragen sollte, wenn die Produktionskosten bei 10 cents pro Barrel liegen und für mindestens 30 Jahre Reserven vorhanden sind.

Schmidt

Das ist beim Gold auch so. Die Produktionskosten für Gold sind sehr viel niedriger als 160 oder 170 Dollar die Unze.

Levy

Aber dabei handelt es sich nicht um freie Marktwirtschaft. Wir werden für Öl immer einen administered-price haben. Die Industrieländer werden sich jedenfalls nicht auf einen Garantipreis einigen, der ungefähr auf dem heute gültigen Preisniveau liegt.

Die OPEC-Länder werden aber bestimmt eine Indexierung verlangen, wozu offensichtlich einige Industrieländer bereit sind, andere nicht. Sie werden nicht nur einen garantierten Preis, sondern darüber hinaus ein garantiertes Einkommen fordern. Das bedeutet eine Garantie für die Abnahme einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis.

Die Industrialisierung der Ölländer wird vorangehen, solange sie nicht eine Lage schaffen, in der unsere Ölversorgung noch unsicherer und viel zu teuer wird. Für ihre neuen Produkte werden sie wahrscheinlich garantierte Märkte verlangen. Für das Öl bestimmt; denn wir brauchen es ja. Ich bin also skeptisch, ob wir am Ende der Konferenz nicht mehr Probleme haben werden als zuvor.

Thorn

Wenn ich Ihren Katalog, Herr Schmidt, noch einmal durchgehe, so ist zu dem Punkt "Forderungen" unter uns eine gewisse Übereinstimmung festzustellen. Ich habe jedenfalls keine Kritik an den von Ihnen genannten Punkten gehört.

Was die Dinge angeht, die abzulehnen sind, so haben wir in dem kritischen Punkt der Indexierung nicht die gleiche Übereinstimmung erzielen können. Selbst bei Ihnen scheint ein gewisser Vorbehalt zu bleiben. Herr Androsch würde eventuell zustimmen, andere Teilnehmer haben hier größere Schwierigkeiten.

Bei den Maßnahmen, denen Sie zustimmen würden, bleiben noch verschiedene Punkte offen. Das gilt insbesondere für die Rohstoffabkommen. Mich erstaunt etwas, daß man hier anscheinend der Meinung ist, man solle auf der Konferenz allgemein Rohstoffabkommen beschließen.

van Lennep

Nicht auf der Konferenz.

Thorn

Wenn man das aber schon jetzt in Aussicht stellt, wird es große Schwierigkeiten geben.

Was den Preis anbelangt, so bleibt zu präzisieren, von welchem Preis man ausgehen soll. Herr Levy meinte 5-10 cents niedriger, andere denken, man sollte den Preis weit tiefer ansetzen.

Schmidt

Ich habe von einem Margenpreis gesprochen. Die obere Grenze der Marge könnte etwa 5 cents unter dem jetzigen Preis liegen. Der Floor-price dagegen kann sehr viel niedriger sein.

Thorn

Herr Levy hat unterstrichen: Wenn man von einem festen Preis spricht, ist zu befürchten, daß diese Länder auch zu einer Einkommensstabilisierung kommen wollen. Auch in der Frage der Industrialisierung wurde hier eine Reihe von Bedenken angemeldet.

Schweitzer

Am meisten hat mich gefreut, als Herr Schmidt sagte, die Zeit der Sachverständigen sei vorüber; jetzt mußten die Regierungen politische Entscheidungen treffen.

Bertram

Ja, aber die Zeit der Sachverständigen ist doch schon lange vorüber. Wir diskutieren hier so, als ob der 7. April noch ein Jahr entfernt wäre, und der Bundeskanzler fordert diese sachverständige Runde zu konkreten Lösungsvorschlägen auf. Aber woran liegt es denn, daß der deutsche Bundeskanzler, der luxemburgische Ministerpräsident und der Herr vom siebten Stock des State Department nicht schon längst eine Strategie der Verhandlungen haben ausarbeiten können?

Bombach

Wenn ein Unbeteiligter unserem Gespräch zuhören würde, müßte er den Eindruck gewinnen, unser Thema lautete: "Die Welt - ein Erdölpreisproblem." Ich erinnere mich an meine Studienzeit 1949 in Cambridge. Damals wurden 80 Prozent der Dissertationen über das Thema "The Dollar Gap" geschrieben. Wir lernten damals, die Dollar-Lücke werde mindestens bis zum Jahre 2000 fortbestehen und wahrscheinlich überhaupt unüberwindbar sein. Ehe die Dissertationen abgeschlossen waren, hatten wir es mit einem Dollar-Überschuß zu tun. Ich spreche die Hoffnung aus, daß das auch beim Ölproblem der Fall sein wird.

Schmidt

Ich will noch daran erinnern, daß die Staatschefs der OPEC-Länder vom 4. bis 6. März 1975 in Algier eine Gipfelkonferenz durchgeführt und in einem umfangreichen Dokument ihre "opening positions" dargelegt haben. Dabei ging es - nicht in dieser Reihenfolge - unter anderem um folgende Sachgebiete: Erstens Stabilisierung der Ölpreise und darüber hinaus, zweitens, der Preise für andere Rohstoffe; drittens Reform des internationalen Währungssystems; viertens intensivere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie umfangreichere Hilfe der Industrieländer an die armen Entwicklungsländer; fünftens Bereitschaft zur verstärkten Entwicklungshilfe durch OPEC-Länder; sechstens Bereitschaft der OPEC-Länder zur Zeichnung von Anleihen und zu Sonderkrediten; siebtens Bereitschaft der OPEC-Länder zur Deckung des sogenannten "unbedingten" Ölbedarfs der Ölverbraucherländer; achtens Verwirklichung eines wirksamen Welternährungsprogramms; neuntens Garantie des Westens für den Wertbestand der OPEC-Währungsreserven und der Investitionen der OPEC-Staaten in den Industrieländern; zehntens Technologietransfer. Das Verhandlungsprogramm ist also außerordentlich umfangreich.

Nun kann der Westen sicherlich zum Ausdruck bringen, daß er über die Punkte 2, 7 und 21 im Augenblick nicht reden will. Aber wir können nicht sagen, wir wollen nur über ein oder zwei Punkte reden.

Ich bin hierher gekommen, um einerseits einige eigene Vorschläge für mögliche westliche Verhandlungsziele in die Debatte zu werfen und um andererseits einige mögliche westliche Positionen für nonagreeables anzudeuten. In einem Punkt habe ich mich absichtlich zurückgehalten, aber den hat Walter Levy genannt, nämlich die Beteiligung der ölförderländer am finanziellen Risiko für gegenwärtig nicht bezahlbare Ölschulden.

Wir haben gesehen, daß hier unter uns in vielen Punkten zumindest tendenzielle Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind, angefangen bei der Indexierung des Ölpreises bis hin zu anderen Rohstoffabkommen. Daraus wird deutlich, daß innerhalb des Westens noch viel gedankliche Arbeit zu leisten ist.

Ich denke nicht, daß die internationale Konferenz mit den OPEC-Staaten zu einem schnellen Ergebnis führen wird. Wohl aber ist eine gewisse Zügigkeit notwendig, um diese Konferenz in Gang zu bringen. Wir müssen unsere Verhandlungspartner bald wissen lassen, daß der industrielle Westen, Japan eingeschlossen, wirklich verhandeln will. Verhandeln heißt, daß man auch zu Kompromissen bereit ist. Einige hier am Tisch neigen offenbar dazu, unsere Position für so stark zu halten, daß sie nirgendwo einen Kompromiß eingehen wollen.

Einen Punkt haben wir überhaupt nicht behandelt: das ist die veränderte Rolle der Öl-Multinationals, die nie wieder die gleiche Position erlangen werden wie bisher. In das Vakuum, das sie hinterlassen, müssen die Regierungen eintreten.

Alle diese Fragen sind dringlich; sie werden, neben der Erhaltung des Friedens im Nahen Osten, der große weltpolitische Problemkomplex dieses und wahrscheinlich auch des nächsten Jahres bleiben.

Thorn

Ich bin Herrn Schmidt dankbar, daß er uns in seinem Referat und auch in der Diskussion einen Problemkatalog vorgelegt hat, der uns zumindest im Bergedorfer Gesprächskreis die Möglichkeit gegeben hat, uns darüber auszusprechen, welche gemeinsamen Positionen der Westen ausarbeiten müßte.

Es scheint innerhalb der Gemeinschaft der Neun auch heute noch schwer zu sein, diese Probleme zu diskutieren. Man kann vor der Sitzung und nach der Sitzung, nur anscheinend nicht während der Sitzung darüber sprechen. Aber vielleicht ringen wir uns dazu eines Tages durch, wenn nicht vor dem 7. April, dann zumindest später.

Die OPEC-Länder haben eine opening position, und wir versuchen bestenfalls, eine Antwort darauf zu geben. Wir sind uns nicht einmal darüber einig, was wir von den OPEC-Ländern fordern können. Die Europäische Gemeinschaft, ja die ganze westliche Welt befindet sich in einer Position, in der sie allenfalls eine Antwort auf eine Anfrage der anderen gibt, aber nicht die Fragestellung selbst vornimmt.

Ich hätte es begrüßt, wenn heute abend mehr zum Thema Dritte Welt gesagt worden wäre. Es wurde geäußert, wir sollten versuchen, eine Gemeinsamkeit der ölproduzierenden Staaten und der wirklich armen Entwicklungsländer zu verhindern. Aber wie will man das erreichen? Ich bin in diesem Punkt nicht allzu optimistisch, daß das schon so gut wie gelungen sei. Denn ich habe den Eindruck, daß auch hier die OPEC schneller gedacht und konstruktivere Vorschläge gemacht hat als wir. Wenn wir das Rad zurückdrehen wollen, dann müssen wir auch einmal unseren Verstand anstrengen und zu konkreten Vorschlägen kommen, und zwar nicht nur im Hinblick auf unsere Assoziierten.

Körper

Lassen Sie mich zum Abschluß unseres Gesprächs mit meinem Dank für die zahlreichen Diskussionsbeiträge als Ergebnis unserer Tagung feststellen, daß der gegenwärtige Zustand der Weltwirtschaft dem eines schwerkranken Menschen gleicht, der gleichzeitig von drei bedrohlichen Krankheiten befallen ist:

1. Rohstoff- und Energieverknappung
2. Entwicklungshilfeproblematik
3. Mangelnde Solidarität unter den Industrienationen.

Weil mehrere Krankheiten nebeneinander auftreten und sich gegenseitig verstärken, kann der diagnostische Befund der weltwirtschaftlichen Situation nur als äußerst besorgniserregend festgestellt werden.

Eine Therapie zur Gesundung der Weltwirtschaft verspricht jedoch nur dann Erfolg, wenn sich die Industrienationen in ihrem politischen und wirtschaftlichen Handeln endlich auf einen gemeinsamen Weg begeben. Andernfalls besteht die Gefahr eines totalen Zusammenbruchs, der die nationalen Wirtschaften in ein Chaos stürzen würde.

Auf dem Wege zur Kooperation mit den Rohstoffländern sollten wir beachten, daß eine im beiderseitigen Interesse ausgewogene Zusammenarbeit nur dann erreicht werden kann und langfristig tragfähig sein wird, wenn beide Seiten vor Abschluß der Vereinbarungen ihre Bereitschaft zur Konfrontation und die sich daraus ergebenden Folgen deutlich gemacht haben.

Des weiteren hat unser Gespräch ergeben, daß der weltwirtschaftliche Gesundungsprozeß nur gewährleistet ist, wenn es in den Industrienationen gelingt, die Einkommensbezieher, deren Erwartungen auf eine ständige Expansion ihres Wohlstandes gerichtet sind, von der Unvermeidlichkeit kleinerer Verteilungsspielräume zu überzeugen.

Vielleicht ist uns, Herr Bundeskanzler, heute in der Diskussion doch ein wenig von der Gedankenarbeit gelungen, die Sie in Ihrem Einleitungsreferat als Voraussetzung erfolgversprechender Verhandlungen in diesem schwierigen Problembereich aufgezeichnet haben.

Aus vielem, was wir diskutiert haben, dürfte deutlich geworden sein, daß die weltweite Interdependenz der Wirtschaft und die Lösung der sich daraus ergebenden Probleme Fragen an die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen, politischen Institutionen stellt. Diese Fragen will der Bergedorfer Gesprächskreis auf seiner nächsten Tagung behandeln mit dem Thema: Welche Zukunft hat die parlamentarische Demokratie westlicher Prägung?

Referent: Ministerpräsident Gaston Thorn, Luxemburg
Diskussionsleiter: Prof. Dr Ralf Dahrendorf, London